Balkanzollverein.

Inaugural-Dissertation

zur

Erlangung der Doktorwürde

der

hohen philosophischen Fakultät

der

Friedrich-Alexanders-Universität Erlangen

vorgelegt von

Ilia Palasoff

aus Pleven (Bulgarien).

Tag der mündlichen Prüfung: 22. Dez. 1911.

ACAD. LIBRAT. BIBL.

NÜRNBERG.
Buchdruckerei von Benedikt Hilz.
1912.

201

Meinen lieben Eltern.

Inhaltsverzeichnis.

	Seite
Einleitung	9
I. Kapitel. Die kleinen Staaten und ihre Wirtschaftspolitik	15
II. Kapitel. Balkanzollverein	40
III. Kapitel. Die Balkanstaaten und die Großmächte	44
IV. Kapitel. Der wirtschaftliche Zustand und seine Entwicklung in den Balkanstaaten	52
V. Kapitel. Die Folgen des Zollvereins für die Balkanstaaten	89
VI. Kapitel. Hindernisse eines Balkanzollvereins	94
VII. Kapitel. Geschichte der Balkanfrage	103
Schlußwort	106

Vorwort.

Die Frage eines Zollvereins unter den Balkanstaaten ist neu und infolge der Politik der Großmächte bei der geographischen Lage der Balkanhalbinsel aktuell. Schon auf der Handelsschule in Warna wurde mein Interesse neben anderen wirtschaftlichen Fragen der Balkanstaaten für das Unternehmen eines Balkanzollvereins geweckt.

Der Beginn meiner Hochschulstudien fällt in die Zeit des Anfangs der türkischen Staatsreform. Die freundschaftlichen Kundgebungen unter den Balkanstaaten nach der Beendigung der türkischen Revolution rückten den Gedanken einer Zollgemeinschaft wieder näher. Als 1908 Bulgarien seine Unabhängigkeit und in Zusammenhang damit Österreich-Ungarn die Annektion von Bosnien und Herzegowina erklärte, begannen neue Verwicklungen in der diplomatischen Welt; so eröffnete sich der Handelskrieg zwischen Türkei und Bulgarien einerseits und Türkei und Österreich-Ungarn andererseits. Ich verfolgte mit großem Interesse diese Vorgänge und publizierte damals eine kleine Schrift über die Wirtschaftskrise in Bulgarien, in welcher ich das Ergebnis meiner Studien über die damalige Wirtschaftslage auf dem Balkan festzuhalten versuchte. Mit dieser Schrift begann ich die Vorarbeit für die vorliegende Abhandlung. Ich beschäftigte mich eingehend mit der Geschichte und

Vorgeschichte des deutschen Zollvereins, der italienischen Einheitskämpfe und des Unabhängigkeitskrieges der nordamerikanischen Staaten. Aus den historischen Studien ergab sich jedoch wenig für die theoretische Grundlage des Problems. In dieser Beziehung verdanke ich die Hauptförderung dem Werke Friedrich Lists; seine Arbeiten erklärten mir die Gesetze der Nationalwirtschaft und des Nationalwohlstandes, welche dann die theoretische Grundlage auch für das Projekt eines Balkanzollvereins bilden konnten. Dieses ist in der folgenden Abhandlung nur in seinen Grundzügen geschildert. Wenn es mir gelungen ist, den Gedanken des Balkanzollvereins auf die praktische Grundlage einer gesunden Realpolitik gestellt und diese genugsam verdeutlicht zu haben, ist der Zweck dieser Abhandlung erreicht.

An dieser Stelle sei nur noch allen denen, welche mir bei der Sammlung des Materials behilflich waren, gedankt. Insbesondere gestatte ich mir auch, dem Geheimen Hofrat Professor Dr. von Eheberg, Erlangen, meinen Dank auszusprechen; unter seiner Leitung führte ich die Arbeit zu Ende.

Pleven, Januar 1912.

Der Verfasser.

Quellenangabe.

Fr. List, Das nationale System der politischen Ökonomie.

Gustav Schmoller, Grundriß der allgemeinen Volkswirtschaftslehre.

V. Bosc, Zollallianzen und Zollunionen (aus dem Französischen ins Deutsche übertragen von Dr. S. Schilder).

Otto Bauer, Die Nationalitätenfrage und die Sozialdemokratie.

Karl Kautzky, Nationalität und Internationalität (Ergänzungshefte zu „Neue Zeit" No. 1, 1907—1908).

Springer, Der Kampf der österreichischen Nationen um den Staat.

Synoptikus, Staat und Nation.

Fichte, Reden an die deutsche Nation.

Hintzel, Staatenbildung und Verfassungsentwicklung (H. Z. begründet von Sybel, Bd. 52, 1902).

C. Fischer, Über das Wesen und Bedingungen eines Zollvereins (Jahrb. f. Nat.-Ökon. u. Statistik, Hildebrand. Jahrg. 1864).

A. Schraut, System der Handelsverträge und Meistbegünstigung.

Prof. Dr. Luigi Fontana-Rosso, Grundzüge der Handelspolitik.

Weber, Geschichte des deutschen Zollvereins.

L. K. Aegeti, Aus der Vorzeit des Zollvereins.

Levale, Balkanhalbinsel.

Dr. G. D. Toscheff, Balkanzollverein, 1907.

Prof. G. T. Daniailoff, Wirtschaftliche Solidarität zwischen Rumänien, Serbien, Bulgarien und der Balkanzollverein. (In Letopis No. 5, 6, 7. Jahrg. 1902.)

Bajeff, Balkanzollverein. (In Zeitschrift des bulgarischen ökonomischen Vereins No. 2. 1904.)

Zeitschrift des bulgarischen ökonomischen Vereins, Jahrg. 1—12.
Zeitschrift „Demokratische Übersicht", Jahrg. 1—6.
Zeitschrift „Sovremena Misal", 1. Jahrg.
Zeitschrift „Natschalo", 1. und 2. Jahrg.
Zeitschrift „Sovremenik", 1. und 2. Jahrg.
Zeitschrift „Novo Vreme", 5. bis 15. Jahrg.
Dr. V. Georgewitsch, Die serbische Frage (herausgegeb. von der Deutschen Verlagsanstalt).
S. Radeff, Stroitelite na sovremena Bulgaria, 1. und 2. Bd.
L. Graf Greneville, Österreich-Ungarns Wirtschaftspolitik, Balkanpolitik und Staatsverfassung.
Zeitschrift „Le Pays" Rakovsky Vers l'expansion Balkanique.
W. Sombart, Die deutsche Volkswirtschaft im 19. Jahrhundert.
Zeitschrift „Das Handelsmuseum", Jahrg. 1909, 1910 u. 1911.
Berichte für Serbien, Bulgarien, Rumänien und Türkei der österr.-ungar. Konsularämter.
D. Tutschewitsch, Agitator (Serbisch 1911).
Annuaire statistique de Royaune de Bulgarie, 1909.
K. G. Popoff, Unser staatliches Budget und das Budget für 1907.
Wirtschaftliche Geographie (Manuskripte von den Professoren in der Handelsschule Varna).
Gothascher Hofkalender.

Einleitung.

Schon in der Epoche des Feudalismus, zur „Zeit der staatlichen Vielregiererei", wie man zu sagen pflegt, haben sich auf allerlei Weise Kapitalien gebildet. Diese Kapitalien suchen sich aber in anderen Wirtschaftsformen als bisher zu verwenden, diese Wirtschaftsformen sind eben die „kapitalistische Unternehmung".

Was versteht man unter einer kapitalistischen Unternehmung?

Unter einer kapitalistischen Unternehmung versteht man: „diejenige Wirtschaftsform, deren Zweck es ist, durch eine Summe von Vertragsabschlüssen über Geldwerte, Leistungen und Gegenleistungen ein Sachvermögen zu erwerben, d. h. mit einem Aufschlag (Profit) an dem Eigentümer zu reproduzieren" [1]. Es ist aber vor allem wichtig zu erkennen, daß mit dem Anbruch der neuen Epoche der Markt für den Absatz der verfertigten Produkte nicht mehr qualitativ und quantitativ bestimmt ist, sondern die ganze Produktion über ein großes unbestimmtes Absatzgebiet verfügte. Diese Eigenschaft der neuen Epoche ist es eben, welche eine neue Organisation der Wirtschaft förderte, eine „kapitalistische Organisation". Das ist aber bloß bei der unbehinderten Tätigkeit der privaten Wirtschaftssubjekte möglich.

---

[1] W. Sombart, Die deutsche Volkswirtschaft im 19. Jahrhundert, S. 72.

Diese Eigenschaft der neuen Wirtschaft hat auch den Konflikt zwischen der Neuzeit und dem Mittelalter, welcher zum Schluß die Herrschaft in der Politik der liberalen Ideen, die Politik des laissez faire und laissez aller gebracht hat, herbeigeführt.

Die staatliche Vielregiererei, die unsichere Eroberungspolitik und die Abhängigkeit des Wirtschaftsfortschrittes vom Bürokratismus, Eigenschaften des Feudalismus, sind für die moderne Wirtschaftsorganisation nicht nur nutzlos, sondern auch schädlich. Die neue Epoche verlangt eine neue staatliche Organisation und eine neue Politik, eine staatliche Organisation, welche die Freiheit des Individuums und die Sicherheit des Eigentums verspricht, eine Politik der „materiellen Interessen“ und wirtschaftlichen Bestrebungen, welche der Forderung des neuen Weltgeistes entsprechen, und eine Politik, welche mit allen sozialen, politischen und geistigen Gestaltungen der neuesten Zeit in Verbindung steht.

Die revolutionären Vorgänge in der englischen Industrie von 1750—1760 bilden den Anfang für die Rüstung der neuen Epoche, für eine revolutionäre Umwälzung in der Wirtschaft, wie auch im Staatsleben, Verfassung, Politik usw. Nachher folgte der amerikanische Unabhängigkeitskampf von 1775 bis 1783; dann die französische Revolution von 1789 bis 1815 und das berühmte Edikt vom 9. Oktober 1807 in Preußen, betreffend den erleichterten Besitz und freien Gebrauch des Grundeigentums, sowie die persönlichen Verhältnisse der Landbewohner.

Durch alle diese Massenbewegungen ist der Feudalismus aus der Geschichte verschwunden.

Auf Grund dieser Freiheitsbewegungen hat sich auch das liberale, klar umschriebene wirtschaftspolitische Programm des Schotten Adam Smith ausgebildet. Diesem neuen Programme hat sich in kurzer Zeit eine große Menge von Schülern angeschlossen und in solcher Weise hat es alle Massen in Bewegung gesetzt. Dazu sagt Sombart in dem bereits zitierten Buche: „Diese Auffassung, die uns heute nur noch als Karikatur in dem Glaubensbekenntnis einiger abgelegter Stadträte entgegentritt, ergriff damals mit der ganzen Sieghaftigkeit einer neuen und fortschrittlichen Idee die gesamte maßgebende Welt in Sturmeseile."

A. Smith denkt: Der Nationalreichtum besteht aus der Summe derjenigen Tauschwerte, welche das Volk besitzt oder produziert; die eigentliche Urquelle desselben ist die Arbeit. Eine je reichere Natur die Nation besitzt, desto reicher wird sie selbst. Dasselbe gilt vom Fleiß: je fleißiger die Nation, desto reicher ist sie auch. Von diesem Prinzip aus denkt A. Smith, daß sich eine Nation zielbewußter, natürlicher und schneller wirtschaftlich entwickeln werde, wenn der Staat die wirtschaftliche Entwicklung dem freien Geiste und der Konkurrenz überläßt, die von ihm als die einzigen Triebskräfte angesehen werden.

Nachdem diese liberalen Ideen durch die revolutionären Massenbewegungen gesiegt haben, ist eine neue, ganz ruhige Periode eingetreten, in der nur geschaffen und gebaut worden ist. Täglich entstanden neue Unternehmungen, eine große gründliche Verbesserung der Technik trat ein, die jeden Tag ihrer Vervollkommnung entgegen schritt. Dadurch wieder wurde die Produktivität der Arbeits-

leistung erhöht. Auch im Gebiete der Agrikultur hielt die Technik ihren Einzug, was eine Vermehrung der Rohprodukte brachte. Die Kommunikation wurde verbessert. Wie Pilze wachsen die Eisenbahnstrecken; auf allen Seiten sehen wir einen großen Progreß im Verkehr, in Technik und in der Produktion. Eine starke Spezialisierung trat in der Industrie ein. Dies alles hat in enormen Massen die Produktion gesteigert. Wir sehen, daß sich zu wiederholtenmalen wirtschaftliche Krisen wegen Überproduktion einstellten.

Die wirtschaftliche Geschichte und ihre Evolution zeigt uns, daß sich bei dieser freihändlerischen Politik bloß Staaten, welche in industrieller Beziehung vorgeschritten sind, zielbewußt und allseitig entwickeln können. England, woher auch die liberalen Ideen stammen, bestrebt sich immer stärker und stärker Produzent (Fabrikant) für die ganze Welt zu werden, während die zurückstehenden Staaten, wie Deutschland, Rußland usw., bloß Agrarstaaten blieben.

Es entwickelte sich eine Polemik, ob ein Staat bloß Agrarstaat bleiben oder ob er auch parallel die Industrie unterstützen und entwickeln muß. Diese Frage wurde entschieden durch den epochalen Schriftsteller in Deutschland, Fr. List.

Fr. List hat durch viele Tatsachen auf sehr logische, klare Weise bewiesen, daß der Nationalreichtum nicht in der Menge der Tauschwerte besteht, wie A. Smith behauptet, sondern in der möglichst vielseitigen Entwicklung der Produktivkräfte. Er sagt: „Ein Individuum kann Reichtum, d. h. Tauschwerte, besitzen, wenn es aber nicht die Kraft besitzt, mehr wertvolle Gegenstände zu

schaffen, als es konsumiert, so verarmt es. Ein Individuum kann arm sein, wenn es aber die Kraft besitzt eine größere Summe von wertvollen Gegenständen zu schaffen, als er konsumiert, so wird es reich[2]."

Auf Grund dieser Ideen kamen Fr. List und seine Schule zu den Ausführungen, daß die Staaten allzeitig ihre Produktivkräfte entwickeln müssen. Ein Staat soll nicht bloß ein Agrarstaat sein, sondern muß nebenbei auch die Industrie entwickeln, weil auf diese Weise der Nationalreichtum am planmäßigsten entwickelt wird. Und deswegen muß der Staat im Gegensatz zu einer freihändlerischen Politik eine schutzzöllnerische ergreifen, um seine Industrie unterstützen und entwickeln zu können.

Wie wir sehen, bringt Fr. List den Merkantilismus wieder auf die Szene. Aber Lists Merkantilismus ist grundverschieden von dem alten, deswegen ist er auch in der Wissenschaft unter dem Neumerkantilismus bekannt. Der Neumerkantilismus oder das schutzzöllnerische System unterstützt die Industrie nicht, um ein paar Personen zu begünstigen, sondern will durch zweck- und planmäßige Zölle die heimische Industrie schützen gegen die ausländische Konkurrenz. Zugleich aber läßt sie zur Entwicklung der heimischen Industrie die inländische Konkurrenz bestehen. Das schutzzöllnerische System beseitigt auch den Irrtum des alten Merkantilsystems, indem es an Stelle der früheren Verbote und nationalen Abschlüsse doch die Möglichkeit eines internationalen Verkehres setzt.

[2] Fr. List, Das nationale System der politischen Ökonomie, S. 220.

Diese Theorie (die schutzzöllnerische) entstand in einer Periode, in welcher sie allgemein von den Verhältnissen gefordert wurde. Sie hatte eine Lücke in der Politik auszufüllen. Wie notwendig sie war, zeigen schon die Worte ihres Gründers: „Man muß sich im Geist die Periode von 1819 zurückversetzen, um sich meine nachfolgenden Bestrebungen zu erklären. Regierende und Regierte, Edelleute und Bürger, Staatsbeamte und Gelehrte, alle trugen sich damals in Deutschland mit Vorschlägen und Projekten zu neuen politischen Gestaltungen[3].“

Die Notwendigkeit, den nationalen Reichtum zu entwickeln, das Wachstum des heimischen Kapitals zu sichern, endlich die wirtschaftlichen Krisen, welche im Zusammenhang mit dem kapitalistischen Betrieb stehen, zu beschränken, mußten die Regierungen einer schutzzöllnerischen Politik zuführen. Und so sehen wir auch, daß in kurzer Zeit die europäischen Staaten fast alle die schutzzöllnerische Politik als das einzige Heilmittel ergriffen haben. Nur England, Dänemark, Belgien, und auch diese nicht im vollen Umfange, ferner die Türkei, welche wegen der Kapitulationen nicht mehr als 8, nachher 11 % Zoll erheben können, sind als freihändlerische Länder zu betrachten. Zu bemerken ist aber, daß die freihändlerische Politik in den genannten Staaten in letzter Zeit eine große Opposition erfahren hat. Die Türkei hat sogar seit zwei Jahren die schutzzöllnerische Politik zur Grundlage ihrer Wirtschaftspolitik gemacht.

Unter diesem System hat sich auch die natio-

---

[3] Fr. List, Das nationale System der politischen Ökonomie.

nale Produktion der einzelnen Staaten in den letzten Jahren sehr gehoben.

Um uns ein klares Bild von der Schnelligkeit ihrer Entwicklung dieser Periode zu entwerfen, wollen wir uns einer statastischen Tabelle über die Entwicklung des Welthandelsverkehrs von 1830—1908 bedienen.

Die neuere Zeit hat uns also gezeigt, daß ein Staat planmäßig und allseitig bloß bei einer streng schutzzöllnerischen Politik gedeihen kann, entsprechend den gegebenen Verhältnissen. Nur wenn der Staat im Bewußtsein seiner Wirtschaftsinteressen kräftig genug ist, diese zu fördern, so kann er in dem schweren Weltkampf bestehen, welcher sehr treffend mit dem Satz: „Bellum omnium contra omnes“ ausgedrückt wird.

I. Kapitel.

Die kleinen Staaten und ihre Wirtschaftspolitik.

Zollvereine — Begriff und Wesen.

Noch im Anfang der Polemik zwischen den Schutzzöllnern und Freihändlern haben die letzteren die Befürchtung ausgesprochen, daß das schutzzöllnerische System die kleinen Staaten in eine sehr gefährliche Lage bringen werde. Dieser Gedanke war ebenso richtig als begründet.

Eine schutzzöllnerische Politik, eine Politik, welche den Erfordernissen des modernen kapitalistischen Staates entspricht, kann bloß ein großer Staat

Welthandelsverkehr von 1830—1908 in Millionen Mark.

	1830	1840	1850	1860	1870	1880	1890	1900	1908 Einfuhr	1908 Ausfuhr	1908 Zus.
Großbrit. u. Irland	1 760	2 260	3 380	6 360	9 180	12 122	13 978	16 635	12 114	9 330	21 444
Frankreich	740	1 320	1 500	3 340	4 540	7 414	6 634	7 133	3 947	3 415	7 362
Deutschland	660	1 120	2 100	3 200	4 240	5 976	7 472	10 376	8 077	6 481	14 558
Rußland	400	500	640	920	2 000	2 420	1 903	2 723	2 157	2 512	4 669
Österreich-Ungarn	320	440	580	1 020	1 460	2 688	2 349	3 091	2 163	2 155	4 318
Italien	220	340	520	920	1 480	1 322	1 930	2 461	2 382	1 418	3 800
Spanien	220	280	400	600	820	1 080	1 692	1 624	782	738	1 520
Portugal									217	110	327
Niederlande	320	540	880	1 120	1 420	2 420	4 014	6 132	4 763	3 678	8 442
Belgien	280	400	700	960	1 280	2 320	2 518	3 351	2 695	2 030	4 725
Schweden-Norwegen	160	240	340	600	840	1 100	1 138	1 574	1 187	860	2 047
Ver. St. v. Nordamerika	500	860	1 280	2 740	3 420	6 180	7 011	8 565	5 013	7 811	15 824
Südamerika	280	440	760	1 240	1 700	2 020	4 134	4 893	—	—	—
Britische Kolonien	580	1 240	1 860	3 800	4 820	7 240	6 408	10 743	—	—	—
In diesen Ländern zus.	6 440	9 980	14 540	26 810	37 420	54 302	61 182	79 301			

führen, in welchem nach Territorium und Bevölkerung sich eine Wirtschaft in dem Maße und der Größe der modernen kapitalistischen Unternehmung entwickeln kann.

Was verstehen wir unter einem großen Staat, welcher die Bedingungen für die Entwicklung einer modernen Manufaktur gibt?

Die Antwort auf diese Frage gibt ein Ausspruch Friedrich Lists: „Die normalmäßige Nation (er versteht darunter Staat) besitzt eine gemeinschaftliche Sprache und Literatur, ein mit mannigfaltigen Hilfsquellen ausgestaltetes, ausgedehntes und wohl arrondiertes Territorium und eine große Bevölkerung ... Verfassung, Gesetze und Institute gewähren ihren Angehörigen einen hohen Grad von Sicherheit und Freiheit ... Sie besitzt eine zureichende See- und Landmacht, um ihre Selbständigkeit zu verteidigen und ihren auswärtigen Handel zu schützen . . .“ [1]. Kurz, nach diesem Gedanken zieht Friedrich List das Resumee wie folgt: „Große Bevölkerung und ein weites, mit mannigfaltigen Naturfonds ausgestattetes Territorium sind wesentliche Erfordernisse der normalen Nationalitäten [2].“

Lists Worte beziehen sich deutlich auf das Entwicklungsmoment. Die Größe eines Staates hängt mit seinen wirtschaftlichen Verhältnissen zusammen. Man kann deswegen nicht in einer gewissen Bevölkerungsziffer, noch in einem bestimmten Flächeninhalt den festen Maßstab für die ideale Größe eines Staates erblicken. Nordamerika, England, Deutschland, Frankreich und Rußland haben gün-

[1] Fr. List, Das nationale System der politischen Ökonomie.

[2] ibidem.

stige Verhältnisse, um eine schutzzöllnerische Politik nach den Erfordernissen der modernen kapitalistischen Unternehmung führen zu können, aber wir wissen nicht, ob diese Staaten nach einigen Jahrzehnten noch die genügende Größe besitzen, um den Erfordernissen der noch größeren kapitalistischen Unternehmungen zu entsprechen.

Inwiefern aber ist die Größe der Bevölkerung und der Umfang des Territoriums das wesentliche Erfordernis des modernen Staates? Einige Worte mögen diese Frage beantworten.

Bevölkerung und Territorium haben nach zwei Richtungen hin Einfluß auf den kapitalistischen Betrieb: 1. bezüglich der Produktion und 2. der Zirkulation.

Je bevölkerter ein Wirtschaftsgebiet ist, desto zahlreicher und desto größer können die Betriebe sein.

Die Größe des Betriebes wirkt bekanntlich in doppelter Weise auf die Produktion ein: Sie verringert die Produktionskosten und steigert die Ergibigkeit der Arbeit. Sind in einem engeren Bezirk mehrere Fabriken gleicher Art vorhanden, so wirkt dies in gleicher Weise produktionsfördernd. Denn hier nimmt Arbeitsteilung und Spezialisierung des Betriebes zu. Beide Faktoren erhöhen die Produktivität der Arbeit. Wenn z. B. die nordamerikanischen Staaten eine außerordentlich schnelle industrielle Entwicklung durchgemacht haben, so ist dies wesentlich mit auf die weitestgehende Arbeitsteilung zurückzuführen, welche die Größe des Wirtschaftsgebiets erlaubt.

Wenn wir eine große Zahl von Fabriken nebeneinander haben, dann verringern sich auch die Kosten

der Reparaturen und Erneuerung des Produktionsapparates, sowie die Transportkosten.

Es ist selbstverständlich, daß da, wo viele Fabriken nebeneinander sind, Kanäle und Eisenbahnen gebaut werden, während diese Verkehrsmittel für nur wenige Fabriken entweder nicht gebaut werden können, oder doch wegen weniger intensiver Benützung die Transportkosten für jedes Frachtstück höher sind.

Von ziemlich großer Bedeutung ist auch der Einfluß der Krisen der Produktion des Wirtschaftslebens überhaupt. Zum Beispiel wird ein Hagelschlag in Bulgarien sehr große Bedeutung für den wirtschaftlichen Zustand haben. Es gibt viele Fälle in der Geschichte der bulgarischen Wirtschaft, wo eben wegen ungünstiger Witterung Bulgarien eine Krisis durchmachen mußte. Ein großes Wirtschaftsgebiet wäre hiervon verschont geblieben; denn der zufällige Mangel des einen Landesteiles wird durch den Überschuß des anderen ausgeglichen.

„In einem kleinen Wirtschaftsgebiete ist überhaupt zu bemerken, daß fast jede partielle Krise sofort zu einer allgemeinen wird: Die Wirtschaftslage des großen Wirtschaftsgebietes dagegen ist gegen bloß örtliche Störungen fast unempfindlich und wird nur durch die großen Gesetze beherrscht, die die Konjunktur aller kapitalistischen Wirtschaft beherrschen[3].“

Selbst bei ausgedehntesten schutzzöllnerischen Bestrebungen muß jeder Staat Warenaustausch mit anderen Ländern anstreben. Aber der Handelsver-

[3] Siehe darüber Otto Bauer, Die Nationalitätenfrage und die Sozialdemokratie, Wien 1908.

kehr des kleinen Wirtschaftsgebietes mit anderen Ländern stößt auf große Schwierigkeiten.

Wenn wir die Geschichte aller Handelsverträge von Bulgarien, Serbien, Rumänien, Türkei, Griechenland und anderen kleinen Wirtschaftsgebieten lesen, werden wir uns überzeugen, daß jene Verträge stets die größeren Staaten begünstigen. Schüller[4] macht daher folgende Bemerkung:

„Der Außenhandel eines wenig umfangreichen Gebietes ist im Verhältnis zu seiner Produktion groß und daher für dieses Land wichtig, für die ausländischen Großstaaten aber, aus denen es Waren importiert und nach denen es exportieren will, ist dieser Handelsverkehr im Vergleich mit ihrer Erzeugung von geringerer Bedeutung. Es gelingt den kleinen Staaten daher weniger, ihre Interessen und Verträge entsprechend zu wahren und die anderen zur Anpassung ihrer Handelspolitik an seine Bedürfnisse zu bewegen."

Die kleinen Staaten sind nicht nur wirtschaftspolitisch, sondern auch politisch schwächer. Der Kapitalismus bedarf einer starken Armee, um seine Expansionsbestrebungen verwirklichen zu können. Der deutsche oder englische Kaufmann hat bei seinen auswärtigen Handelsbeziehungen stets die Macht seines Heimatstaates hinter sich. Kleine Staaten können ihm eine ähnliche Sicherheit nicht gewähren. Sie haben daher immer Mangel an Kapitalien, weil das Ausland den inländischen Kapitalisten eine sichere Anlage bietet. Kleine Staaten müssen den großen in allen Einrichtungen folgen und wegen

---

[4] Schüller, Schutzzoll und Freihandel, Wien 1905, S. 247.

der hiedurch bewirkten Zunahme der Ausgaben die Steuerlast verhältnismäßig stärker vermehren, als die Großstaaten.

Alle diese Vorteile des Großstaates veranlassen daher alle Staaten, nach einer Vergrößerung ihres Wirtschaftsgebietes zu streben.

Die Geschichte lehrt uns, daß die erste Organisation der Menschen ein Bündnis zwischen den Blutgenossen gewesen ist, welche sich zum gemeinsamen Existenzkampfe vereinigt haben. Erst in der späteren Zeit von der „theoretisch-kriegerischen" Periode hat sich der „orientalische" Typus des Staates ausgebildet. Diese Staaten sind Produkte der Naturalwirtschaft und haben nie die großen modernen Staaten erreicht. Das Assyrisch-babylonische Reich war nach Retzel 130000 qkm groß und hatte eine Bevölkerung von ungefähr 1,5 Mill. Einwohnern. Erst das Persische Reich war 5 Mill. qkm und hatte ungefähr 80 Mill. Einwohner. Hier kann man aber nicht von einem Staat im heutigen Sinne sprechen. Es waren mehr kriegerische Eroberungsstaaten, welche weder eine Volks- noch eine Staatswirtschaft im modernen Sinne gehabt haben.

Mit der „griechisch-römischen" Kultur hat sich ein anderer Typus von Staaten herausgebildet, welcher in der Wissenschaft unter dem Namen „Stadtstaaten" bekannt ist. Diese Staaten hatten gewöhnlich 10000—20000 Einwohner und entsprechen dem System der Stadtwirtschaft, wo der Produzent für seinen Gebrauch und für einen streng eng bestimmten Kreis produziert hat. Diesen Staatstypus finden wir auch im germanischen Mittelalter.

Aus diesem Typus entwickelte sich der Terri-

torialstaat mit 1—2 Mill. Einwohnern auf 5000 bis 15000 qkm. Dieser Typus ist Produkt der Territorialwirtschaft.

Der Territorialstaat endlich legte den Grund für den modernen Weltstaat mit seiner riesigen Größe, 2—23 Mill. qkm mit 100—400 Mill. Seelen, wie Rußland, Vereinigte Nordamerikanische Staaten, Deutschland, England, Frankreich usw. Diese Weltstaaten sind eben Produkt der kapitalistischen Produktion[5].

Die Haupteigenschaft der kapitalistischen Unternehmung ist, wie wir schon gesehen haben, möglichst viel Umsatz zu erreichen, weil hiedurch das Kapital sich vermehren kann. Dieses Bestreben aber vermehrt und verbreitert die kapitalistischen Unternehmungen, wodurch das Wirtschafts- und Absatzgebiet zu eng wird; der moderne Staat ist daher immer gezwungen, Ausweg durch Erweiterung seines Wirtschafts- und Absatzgebietes zu suchen. Da aber neue Gebiete heute weder aufgedeckt noch vergeben werden können, so richtet sich gegen die schwächeren und nicht fest konsolidierten Staaten eine territoriale oder ökonomische Eroberungspolitik. Diese zeigt sich entweder in der völligen politischen und wirtschaftlichen Unterwerfung unter den stärkeren Staat, oder in der Erwirkung wirtschaftlicher, insbesondere handelspolitischer Vergünstigungen auf dem Wege diplomatischer Verhandlungen. Die wirtschaftliche Entwicklung der kleinen Staaten wird daher neben dem Druck der Verhältnisse noch durch die Furcht ihrer Eroberung gehemmt. Diese

[5] Siehe darüber näheres bei Schmoller, Grundriß der Volkswirtschaftslehre, und Hintzel, Staatenbildung und Verfassung in der H. Z., begründet von Sybel, Bd. 52.

Tatsache findet ihre Bestätigung in der Geschichte der Politik der Großmächte. Wie wir sehen werden, führten Österreich-Ungarn, Deutschland, Rußland und England eine Eroberungspolitik gegen die Balkanstaaten, am meisten gegen die Türkei, ferner gegen Persien, China usw.

Welche Politik ergibt sich hienach für die kleinen und überhaupt noch schwach konsolidierten Staaten?

Es gibt Nationalökonomen, welche in der Meinung sind, daß zurückstehende Staaten und solche, welche eine planmäßige Wirtschaftspolitik nicht durchführen können, ein Bündnis mit wirtschaftlich und kulturell fortgeschrittenen Staaten abschließen mußten[6]. Hiegegen lehren die Erfahrungsgesetze der politischen Philosophie, daß ein kleiner Staat nie in ein Bündnis oder eine Union mit einem großen Staate tritt, ohne gegenüber dem Einfluß des großen Staates die eigene Selbständigkeit zu verlieren.

Ferner ist ein Staatenbündnis zwischen wirtschaftlich ungleichen Parteien nie von Dauer.

Welches sind allein die Ursachen der nationalen Kämpfe in Österreich-Ungarn? Sind es nicht Folgen einer Ungleichheit in der wirtschaftlichen Entwicklung? Österreich will eine industrielle Politik führen und braucht deswegen auch Geld, zu dessen Aufbringung umfangreiche Steuern erhoben werden. Ungarn ist ein Agrarstaat und will, im Gegensatz zu Österreich, Agrarpolitik treiben, und auch die

[6] Siehe L. G. Greneville, Österreich-Ungar. Wirtschaftspolitik, Balkanpolitik und Staatsverfassung, wo er Serbien und Montenegro den Rat gibt, mit Österreich-Ungarn in ein Bündnis zu treten.

Bevölkerung ist unfähig, die schweren Lasten der Industriepolitik Österreichs zu bezahlen. Aus diesem Grund und noch anderen gleicher Natur entsteht der Nationalitätenkampf, welcher so schädlich für Österreich-Ungarn ist.

Dieselbe wirtschaftliche Ungleichheit hat das skandinavische Bündnis gelöst. Es ist sonach klar, daß eine Union zwischen zwei ungleichen Mächten nie dauernd und nie günstig für den schwächeren Teilnehmer ist.

Was müssen dann die kleinen Staaten machen? Ihre Politik muß jedenfalls die nationale Selbständigkeit, Einheit und Freiheit anstreben. Die Erhaltung der nationalen Eigenschaften ist die erste und die Hauptbedingung um nationale Fortschritte zu sichern. Dies lehrt uns die Geschichte.

Es war eben der Kampf um die demokratische Republik in Frankreich ein Mittel, durch welches sich die Franzosen ihre innere Einheit verschafften und sich so gegen die äußeren Feinde verteidigten [7].

Um die nationale Einheit zu verwirklichen, ist die deutsche Revolution entstanden, welche gegen den Monarchismus war, der die Hauptursache des deutschen Partikularismus bildete [8].

Fr. List, welcher in seinem Kampf gegen die Freihändler als ein bedeutendes Argument betont hat, daß durch die freihändlerische Politik sich das Prinzip der „Erziehung der Nation zur Selbständig-

[7] K. Kautzky, Die nationalen Aufgaben der Sozialisten der slavischen Balkanstaaten (geschrieben als Vorwort für die Übersetzung seines Buches: Die französische Revolution etc.).

[8] G. Fischer, Über das Wesen und die Bedingungen eines Zollvereins. H. Z., begründet von K. Sybel, 2. und 3. Bd., 1864.

keit“ verliert, sagt: „Erhaltung, Ausbildung und Vervollkommnung der Nation ist daher zur Zeit ein Hauptgegenstand der strebenden Nation und muß es sein[9].“

So ist die Erhaltung der Nation unbedingte Voraussetzung für ihre kulturelle und wirtschaftliche Erziehung. Jede Nation hat einen eigenen Weg ihrer Entwicklung, nur auf diesem kann sie vorwärts kommen.

Durch die Erhaltung, Ausbildung und Vervollkommnung der Nation können wir auch zur Universalunion kommen. Nationen auf gleicher Entwicklungsstufe können sich am besten verstehen[10].

So zeigt die logische Überlegung die Notwendigkeit der Erhaltung der Nation und mithin auch der kleinen Staaten; auch sie müssen ihre nationale Einheit, Freiheit und Selbständigkeit bewahren. Auf welchem Weg ist dies möglich?

Bis zum Ende des 18. Jahrhunderts unterscheiden wir drei Möglichkeiten für die Vergrößerung eines Staates: Eroberung, Kauf und Erbfolge.

„In der neuesten Zeit hat man ein viertes Mittel zur Anwendung gebracht, das auf eine dem Recht und der Wohlfahrt der Völker und Staaten weit entsprechenderere Weise zum Ziele führt als die Eroberung und nicht vom Zufall so abhängig ist wie die Eroberung, nämlich die Vereinigung der Interessen verschiedener Staaten durch freien Vertrag[11].“

Diese neue Art datiert seit kurzer Zeit, eben

---

[9] Fr. List, Das nationale System usw. S. 62.
[10] Ebenda.
[11] Fr. List Das nationale System usw.

seitdem die bürgerlichen Parteien eine rationelle vernünftige Politik zu führen angefangen haben.

England hat einen großen Erfolg in seinem Bestreben, „Weltproduzent“ zu werden, gehabt[12]. Es hat fast alle strategischen wie auch ökonomisch wichtigen Punkte erobert. In seinen Händen ist größtenteils der ganze Weltverkehr. Dieser Politik konnten die Kontinentalmächte nicht untätig zusehen. Sie mußten vielmehr etwas zum Schutz ihrer Interessen vornehmen, um den Eroberungserfolgen Englands Einhalt zu tun. Wir sehen, daß Frankreich noch im 18. Jahrhundert seine Binnenzölle aufgehoben hat und strebt, sich von der Eroberungsgefahr Englands zu befreien. In Deutschland hat Fr. List mit vielen Gründen diese Gefahr theoretisch bewiesen und agitierte für einen Zollverein der deutschen kleinen Staaten, wie auch für eine gemeinsame Eisenbahnpolitik im Zusammenhang mit den wirtschaftlichen Erfordernissen. 1833 schlossen sich beide Hessen, Preußen, Bayern, Württemberg und Sachsen zu einem Zollgebiet zusammen. 1871 entstand nach langer Unterbrechung wieder ein einheitliches Deutsches Reich.

Fast dieselbe Umwälzung sehen wir in Italien. In kurzem sind die Kontinentalstaaten zu großen Mächten erwachsen, welche fähig geworden sind, wirtschaftliche Politik zu führen und Sieger in dem ökonomischen Kampf zu bleiben.

Von einer nationalen Politik der bürgerlichen Parteien datiert in der Geschichte eine neue Art von Staatenbildung, der sogenannte „natürliche Staat“.

---

[12] T. Rotstein, In Mouvement Socialiste.

Wir wissen, daß in der Geschichte vor dem Kapitalismus die Staaten ausschließlich Produkt der Eroberung, sehr selten Erbgangs oder Kaufs waren. Diese Staaten sind meistens künstliche Bildungen, sogen. „künstliche Staaten". In ihnen sind mehrere Nationen verbunden, jedoch nicht durch gemeinsame wirtschaftliche Interessen, sondern durch den Willen und das persönliche Interesse eines Monarchen oder anderen führenden Mannes. Da im Gegenteil einzelne Provinzen völlig verschiedene Interessen hatten, so zeigten diese Staaten eine große Labilität. Solange die starke Hand des Leiters über ihnen waltete, hielten sie zusammen. Nach seinem Tode aber fielen sie zumeist auseinander.

Seit aber der Kapitalismus entstanden ist und die Bürger ihre Interessen erkannten, haben sie durch ihre vernünftige rationelle Politik die Epoche einer neuen Staatenbildung eingeleitet, deren Produkt der obengenannte „natürliche Staat" ist. Hiebei spielen nicht mehr die Interessen eines Individuums eine Rolle, sondern diejenigen der ganzen kapitalistischen Klasse. Der Staat hat hier eine solche geographische Lage und ein solches Gebiet mit Bevölkerung, welche eine allseitige ökonomische Entwicklung und günstigen Verkehr mit dem Auslande gewährleistet. Wenn auch ein so gearteter Staat nicht bloß eine Nation umfaßt, so hat er doch eine große Stabilität wegen seiner einheitlichen Interessen.

Von der Vermischung der Nationen in den natürlichen Staaten sagt der große Historiker Herder: „Ein Volk ist sowohl eine Pflanze der Natur, also eine Familie nur jenes mit mehreren Zweigen. Nichts scheint also dem Zweck der Regierungen so offen entgegen als die natürliche Vergrößerung der

Staaten, die wilde Vermischung der Menschengattungen unter einem Szepter[13].“

Wir kommen nun auf unser Zitat von Fr. List zurück.

Wir haben schon in der Einleitung gesehen, daß die Staaten zugunsten ihrer Wirtschaftsentwicklung eine strenge Schutzzollpolitik verfolgen. Dadurch wird aber der Verkehr zwischen den Nationen erschwert, wenn nicht ganz verhindert. Das Kapital ist jedoch nicht an die Nationalität gebunden, es ist international. Hier treten die freien Verträge ein, sei es in der Form des einfachen Handelsvertrags oder des Zollvereins.

Was versteht man unter den Handelsverträgen? „Die Handelsverträge sind Staatsverträge, durch welche die vertragsschließenden Teile Vorschriften treffen über Handel und Verkehr, Schiffahrt und Gewerbebetrieb ihrer Angehörigen in dem Staatsgebiete des anderen Teiles[14],“ also ein Vertrag, durch welchen alle Meinungsverschiedenheiten zwischen den vertragsschließenden Teilen geregelt werden, um etwaigen Schwierigkeiten im Güterverkehr vorzubeugen.

Bezüglich des Zollvereins ist eine feste Begriffsbestimmung nicht vorhanden, weder in der deutschen, noch in der französischen Literatur, weil der Zollverein verschiedene Formen annimmt, die sich einheitlich nicht bestimmen lassen. Diese Undefinierbarkeit des Zollvereins hat auch sehr viele Streitfragen und Unklarheiten in dem internationalen Recht

---

[13] Herder, Ideen zur Geschichte der Menschheit. Zit. von Bauer in „Nationalitätenfrage und Sozialdemokratie“.

[14] Philipovich, Grundriß der politischen Ökonomie. II. Bd., 1. Teil, S. 322.

verursacht. Die Frage der Zollvereine ist im 19. Jahrhundert sehr aktuell geworden, deswegen mußte auch die Nationalökonomie sich eingehend mit dem Wesen des Zollvereins beschäftigen. Sehr gut, aber ziemlich weitläufig, erläutert Schraut den Zollverein.

„Eine Zolleinigung liegt dann vor, wenn zwei oder mehrere selbständige Staaten dahin übereinkommen, ihr Zollwesen, insbesonders auch die Zolltarife derart gemeinschaftlich festzusetzen und zu handhaben, daß sie dem Auslande gegenüber als ein geschlossenes Zollgebiet auftreten, innerhalb dessen, abgesehen von einigen finanzpolitischen Übergangssteuern, Grenzzölle nicht mehr bestehen, und daß sie die Einträgnisse der Zölle für gemeinschaftliche Rechnung des Zollverbandes erheben[15].“ Diese Ausführung ist lang, aber enthält alle Eigenschaften eines Zollvereins. Vor allem ist Einverständnis zweier oder mehrerer Staaten nötig, die Zollgrenze gegeneinander ganz oder teilweise aufzuheben und gemeinsam eine Zoll- und Handelspolitik dem Auslande gegenüber zu führen.

Der Zollverein unterscheidet sich wesentlich vom Handelsvertrag. Während der Handelsvertrag Übereinkommen bloß zum Zweck der Erleichterung des Handelsverkehrs ist, zeigt sich im Zollverein daneben noch auf gemeinsamen Kampf gerichtetes Einverständnis.

Sehr gut sagt darüber Funk-Brentano: „Die Handelsverträge streben die Versöhnung der Interessen der vertragsschließenden Staaten, die

---

[15] A. Schraut, System der Handelsverträge und Meistbegünstigung, K. X. S. 114. Zit. von Bosc.

Zollvereinsverträge die Verschmelzung dieser Interessen an."

Wegen der Bedeutung des Zollvereins für unsere Abhandlung ist hier noch näher darauf einzugehen.

In der Wissenschaft werden die Zollvereine in drei Arten geteilt:

1. vollkommene Zollvereine; 2. unvollkommene Zollvereine und 3. partielle oder allgemeine Zollvereine. Die Hauptarten sind aber die ersten zwei, indem die partiellen oder allgemeinen Zollvereine öfters mit den unvollkommenen Zollvereinen vermischt werden[16].

Was verstehen wir unter „vollkommenem Zollverein"?

„Dieser setzt voraus, daß zwei Staaten unter Wahrung ihrer politischen Selbständigkeit und wirtschaftlichen Entwicklung (Progreß) auf ihre bisherigen Zolltarife verzichten und gemeinsame Neuregelung im Zollwesen anstreben. An die Stelle der beiden früheren getrennten Tarife

---

[16] L. Bose in seinem Buch Zollallianzen und Zollunionen, geht ins Detail und teilt die Zollvereine zuerst vom politischen Standpunkt in:

1. Zollvereine innerhalb eines einfachen Staates oder innerer Zollverein. 2. gemischten Zollverein, der innerhalb eines zusammengesetzten Staates zustande kommt: a) Personalunion, b) Realunion, c) Staatenbund, d) Bundesstaat, e) Bundesreich. 3. Externen Zollverein zwischen unabhängigen Staaten.

Vom wirtschaftlichen Standpunkt in: 1. vollkommene Zollvereine, 2. unvollkommene Zollvereine, 3. partielle und allgemeine Zollvereine, 4. koloniale Zollvereine. Aus verschiedenen Gründen scheint mir diese Verteilung zu verwickelt und unklar. Zuerst ist es unklar, warum Bose die Zollvereine vom politischen und wirtschaftlichen Standpunkte verteilt, obgleich der Zollverein diese beide zusammenschließt.

wird ein einheitlicher Tarif gesetzt und die Zolllinien zwischen beiden Ländern werden beseitigt. Die zwei Zollverwaltungen werden in eine einzige Verwaltung verschmolzen. Die Zollgebühren werden für Besetzung der Zollgemeinschaft von den beiderseitigen Beamten erhoben und nach einer von den Vertragschließenden getroffenen Vereinbarung wird der Verteilungsmodus der in solcher Weise gewonnenen Einnahmen festgesetzt[17]."

Spricht man im praktischen und alltäglichen Leben von Zollvereinen, dann versteht man eben darunter den vollkommenen Zollverein. Als bestes Beispiel für den vollkommenen Zollverein dient der berühmte deutsche Zollverein. Nach dem Standpunkt der Verfassungsform, in welcher der vollkommene Zollverein bestehen kann, unterscheidet man in der Wissenschaft:

1. Konföderation (Staatenbund) und
2. Föderation (Bundesstaat).

Zwischen diesen beiden Formen der Zollvereine muß man einen scharfen Unterschied machen, der sich jedoch im praktischen Leben öfters verliert.

Allein unter dem deutschen Ausdruck für Konföderation (Staatenbund) verstehen wir, daß diese ein Bündnis zwischen Staaten ist, welche ökonomisch und politisch ganz selbständig sind. Föderation ist

---

[17] S. darüber L. Bose. Ich bemerke aber hierzu, daß Bose als Grund für die Bildung eines Zollvereins bloß die politische Schwäche von zwei oder mehreren Staaten annimmt. Ich meine, wenn zwei Staaten bloß gegen ihre politische Schwäche zu kämpfen haben, dann brauchen sie nur ein politisches Militärverständnis zu machen. Die wirtschaftlichen Bestrebungen sind der Hauptgrund, um einen Zollverein zu gründen.

im Gegenteil ein Staat, gebildet von früher selbständigen Staaten, mit einer Zentralverwaltung [18].

Die Geschichte der bis jetzt gebildeten Zollvereine lehrt, daß die Konföderation keine gute Staatsverfassung ist und fast alle Fälle zeigen die Konföderation als eine Zwischenstufe, welche entweder zur Föderation führt oder wieder zur Auflösung der Zollvereinigung. Wir denken hiebei z. B. an die Vereinigten Staaten von Nordamerika und Deutschland.

Am 4. Juli 1776 erklärten die 13 englischen Kolonien sich für selbständig und frei; am 15. November wurde in der Konferenz aller dieser Staaten die erste Konstitution angenommen, welche diese Staaten als eine Konföderation erklärte. Nach dieser Konstitution wird die Konföderation von einer Zentralverwaltung und einem Parlament (Konferenz) regiert. Die Staaten blieben selbständig. Für Unterhaltung der Zentralverwaltung war jeder Staat eine bestimmte Summe zu zahlen verpflichtet, aber jene hatte kein Recht, den Einzelstaat zur Zahlung zu zwingen. Das brachte eine große Unregelmäßigkeit in die Verwaltung.

Die kurze Lebensdauer der Konföderation zeigt ihre Schwächen. Jeder Staat hat eine andere, und bisweilen sogar anderen Staaten der Konföderation entgegengesetzte öffentliche Wirtschaft und Politik. Die Verhältnisse dieser gezwungenen Vereinigung verschlimmerten sich sehr und es drohte eine Zersplitterung der Konföderation. Die nördlichen Staa-

[18] Siehe darüber näheres bei Dr. Toscheff, Balkanzollverein, und Dr. S. Kiroff, Förderation und Konförderation, in der Demokratischen Rundschau, 1907. I.

ten, welche die Bedeutung des Zollvereins besser verstanden, fingen an, für den Zollverein, jedoch gegen die vorhandene Organisation (Konföderation) und für die Föderation zu agitieren. Wir sehen, daß die Agitation in kurzem sehr viel geleistet hat und 1787 wurde die jetzige Konstitution mit föderativen Prinzipien proklamiert.

Es wird eine Zentralverwaltung eingerichtet unabhängig von den einzelnen Staaten, diese hat ihre bestimmte Einnahme (meistens vom Zoll). Die wirtschaftliche Politik wird konzentriert in den Händen der Zentralverwaltung und ist allgemein geworden. Mit anderen Worten es wird eine planmäßige einheitliche Politik allen Staaten gemeinsam. So wurden die Vereinigten Staaten ein vorzügliches Beispiel von „republikanischer Föderation".

Deutschland hat auch fast dieselbe Entwicklung erlebt. Es ist aber erst 1871 zu einem Bundesstaat geworden. Von 1834—1868 war es ein Zollverein, welcher auf dem Vertragsprinzipe der Konföderation beruhte. Während dieser Periode hatte jeder kleine Staat das Recht, sich von dem Zollverein zu trennen. Sogar Preußen hat verschiedene Male den Zollverein gesprengt. Der größte Schritt, sich aus dieser unsicheren Lage zu befreien, wurde erst 1868 gemacht. Jetzt wurde nämlich das sogenannte Zollparlament gebildet, das aus einer der Bevölkerungsziffer entsprechenden Zahl von Abgeordneten bestand. Es war das Zollparlament in Frankfurt a. M. 1871, welches auch die politische Einigung Deutschlands anerkannte, und so entstand das heutige Deutsche Reich, dessen Verfassung auf föderativ monarchistischen Prinzipien beruht.

Heute zählen wir eine monarchistische Föde-

ration, welche seit 1868 existiert, und verschiedene republikanische Föderationen: 1. Vereinigte Staaten von Nordamerika seit 1789; Kanada seit 1867; Brasilien seit 1880; Argentinien seit 1853; Australien seit 1901 und die Schweiz seit 1874.

Die Geschichte aller vollkommenen Zollvereine zeigt, daß diese viele Voraussetzungen verlangen und ihre Organisation einen großen Kampf kostet.

Als die berechtigten Voraussetzungen werden erwähnt: 1. geographische Voraussetzung, 2. wirtschaftliche Voraussetzung, 3. politische Voraussetzung [19].

I. Richolet[20] sagt, daß ein Zollverein (er versteht darunter einen vollkommenen) nur zwischen Nachbarn erfolgen kann." Es ist ein richtiger Gedanke, ich glaube nicht, daß er von jemandem bestritten wird. Eine gemeinsame wirtschaftliche Zoll- und Verkehrspolitik, welche die Eigenschaft eines vollkommenen Zollvereins bildet, ist bloß zwischen Nachbarländern möglich. Sie müssen eine solche geographische Lage haben, welche günstig für den Weltverkehr ist.

Derselbe Autor sagt an anderer Stelle seines Buches, daß Inseln und Halbinseln eine sehr günstige Grundlage zur Bildung eines Zollvereins abgeben.

---

[19] Einige Theoretiker nehmen als Voraussetzung, und das als eine von den wichtigsten, die nationale und psychologische Einheit. Meines Erachtens ist das eine falsche Meinung, aber weil mit dieser Meinung sehr viel spekuliert wird, werde ich später näher darauf eingehen.

[20] Richolet, L'association allemagne, Zollverein.

II. Wir haben gesehen, daß der Zollverein ein Mittel ist, durch welches die kleinen, einer selbständigen Politik unfähigen Staaten sich stärken, um den Kampf bestehen zu können. Die Forderung eines Zollvereins muß also eine Forderung der politischen Notwendigkeit sein.

In früheren Zeiten gab es auch Verständigungen zwischen zwei oder mehreren Staaten, diese aber hatten mehr politischen Grund. Sie wurden für einen vorübergehenden Zweck gegründet, z. B. für einen Krieg oder andere politische Zwecke, und höchstens für einige Jahre. Seit aber die Bürger in der Politik herrschen, haben auch die Zollvereinigungen einen ganz anderen Zweck. Sie sind eben immer zugunsten des Bürgertums, d. h. sie beruhen auf wirtschaftlichen Interessen.

Damit ein Zollverein zwischen selbständigen Staaten bestehen kann, müssen diese zuerst gemeinsame wirtschaftliche Interessen haben, welche ihre Vereinigung nahe legen. Ein Zollverein kann nicht bloß wegen politischer Erfordernisse zwischen zwei oder mehreren Staaten abgeschlossen werden. In einem solchen Fall verliert er seine Eigenschaft in wirtschaftlichem Sinne. Ergänzt sich die Wirtschaft in den einzelnen Zollvereinsstaaten gegenseitig, so ist die Gründung eines Zollvereins leichter. Die Verschiedenheit in der Produktion, welche den einen Staat zum Absatzgebiet des andern macht, ist ein Erleichterungsgrund.

III. Die politischen Voraussetzungen teilen sich in innere und äußere, von denen die ersteren von größerer Bedeutung sind.

Die Staaten, welche einen Zollverein schließen

wollen, müssen die gleichen Bestrebungen in der äußeren Politik haben. Daß das eine Voraussetzung von großer Bedeutung ist, lehren uns viele Tatsachen der Geschichte.

Eben die Verschiedenheit in der Außenpolitik war der Hauptgrund, daß der geplante Zollverein zwischen Preußen und Österreich nicht zustande kam. Die Idee eines zentraleuropäischen Zollvereins wurde auch ein Opfer des Deutsch-Französischen Krieges von 1870.

Von nicht geringer Bedeutung sind auch die Hindernisse, welche aus der Innenpolitik und Verfassung entstehen. Es genügt, wenn wir den Fall des deutschen Zollvereins erwähnen. Die Idee eines deutschen Zollvereins entstand in einem Moment, in welchem die demokratischen Ideen der breiten Masse ganz fremd waren. Der Monarchismus aber ist kein großer Freund eines Zollvereins. Man braucht nur das Leben Fr. Lists zu kennen, damit man sieht, wie viel er leiden mußte nur deswegen, weil er ein großer Patriot war und ein warmer Agitator für einen deutschen Zollverein. Lange Zeit zögerten die deutschen Staaten, in einen Zollverein mit Preußen einzutreten, weil dieser Staat viel stärker war und sie in einem Zollvereine mit dem stärkeren Staat ihre Selbständigkeit zu verlieren fürchteten. Sie hatten in der Tat Veranlassung dazu. Preußen übernahm in diesem Fall immer die Rolle des Stärkeren und hatte die Idee, daß ein Zollverein sich nur unter seiner Führung bilden könne. Diese Bestrebungen der Monarchen waren nicht im Interesse der deutschen Nation; sie kosteten ihr viele Kämpfe, bis endlich das Bürgertum eine rationelle Politik einschlug und einen Druck auf die schnellere

Bildung des Zollvereins zusammen mit den anderen Faktoren ausübte[21].

Die bisher erwähnten Voraussetzungen sind von sehr großer Bedeutung für einen Zollverein zwischen zwei oder mehreren Staaten. Sprechen die geographischen und wirtschaftlichen Voraussetzungen dafür, so können auch politische Schwierigkeiten überwunden werden. Jene beiden natürlichen Eigenschaften jedoch müssen unbedingt da sein.

Von nicht geringerer Bedeutung sind auch die Hindernisse, welche nachher die Organisation des Zollvereins darbietet. Aber das sind Hindernisse, welche überall, wo eine alte Organisation durch eine neue zu ersetzen ist, vorhanden sind, und sich mehr oder weniger leicht überwinden lassen.

Was versteht man nun im Gegensatz zum vollkommenen unter dem unvollkommenen Zollverein?

Der unvollkommene Zollverein ist etwas mehr als der Handelsvertrag und steht zwischen dem Handelsvertrag und dem vollkommenen Zollverein. Bei ihm werden die wirtschaftlichen Interessen verfolgt, aber es kommt nicht bis zur vollen Verschmelzung derselben und die Staaten bleiben in diesem Fall selbständige Zollgebiete, bloß die Zollgrenzen zwischen den Staaten werden vollständig abgeschafft, oder der Zoll wird bis zum Minimum vermindert.

Der Unterschied zwischen vollkommenem Zollverein und unvollkommenem besteht darin, daß bei dem ersten die Zollschranken zwischen den Teil-

---

[21] Siehe darüber Prof. G. Fischer in schon zitierter Schrift.

nehmern nicht mehr existieren und an ihre Stelle ein neuer gemeinsamer Zolltarif und -dienst tritt. Beim zweiten Fall bleiben die Staaten politisch und wirtschaftspolitisch ganz selbständig; es gibt nur eine Erleichterung für den Güterverkehr zwischen den Vertragsstaaten. Im ersten Falle bilden nämlich die Staaten ein Ganzes, wobei jedoch jeder einzelne seine Selbständigkeit bewahrt.

Der unvollkommene Zollverein ähnelt sehr der „Konföderation" und hat fast die gleichen schlechten Seiten, ist jedoch im Wesen verschieden. In der Konföderation bilden die Staaten etwas Ganzes, indem eine Zentralregierung für alle Teilnehmer gegründet wird, welche freilich nicht stabil ist, wie wir schon gesehen haben. Hier wird das Einverständnis lediglich in einem Vertrag ausgedrückt, zu dessen Ausführung ein gemeinschaftliches Organ fehlt. Der unvollkommene Zollverein ist somit nicht mehr oder weniger als ein weitgehendes Wirtschaftsbündnis (wirtschaftspolitische Allianz), obwohl man ihn bis jetzt unzutreffend in der Wissenschaft als Zollverein bezeichnet hat. Vom Standpunkte des Umfanges aus, welchen der unvollkommene Zollverein hat, teilt man ihn ein in den partiellen Zollverein und den allgemeinen Zollverein. Partiellen Zollverein haben wir dann, wenn es sich um einen Zollverein handelt, welcher gemeinsame Tarife nur für einen oder mehrere bestimmte Artikel enthält, und allgemeinen, wenn sich dieser auf alle Artikel bezieht.

Der unvollkommene Zollverein erfordert wenig und deswegen ist er auch leichter zu gründen. Die Voraussetzungen, welche bei dem vollkommenen Zollverein unbedingt vorhanden sein müssen, sind

bei dem unvollkommenen entweder von gar keiner Bedeutung oder kommen sehr wenig in Betracht. Die Hindernisse und die Schwierigkeiten, denen man bei der Organisation des vollkommenen Zollvereins begegnet, verschwinden hier.

Je leichter aber die Gründung des unvollkommenen Zollvereins, desto kleiner ist auch die Bedeutung, welche er für die kleinen Staaten hat, desto weniger Vorteile bringt er. Ein unvollkommener Zollverein zwischen zwei oder mehreren Großstaaten mit gleichen wirtschaftlichen Bestrebungen ist von gewisser Bedeutung, dagegen nicht, wo ein engerer Verein und engerer gemeinsamer Kampf notwendig ist, m. a. W., der unvollkommene Zollverein ist für die in wirtschaftlicher und kultureller Beziehung zurückgebliebenen Staaten von sehr kleiner, um nicht zu sagen, von gar keiner Bedeutung. Zu empfehlen ist der vollkommene Zollverein trotz seiner großen Schwierigkeiten. Durch den vollkommenen Zollverein, welcher eine sichere Organisation ist, können die zurückgebliebenen Staaten größere Fortschritte machen, als durch die labile Organisation der unvollkommenen Zollvereine.

Aus der Geschichte wissen wir, daß viele Staaten, welche heute eine angesehene politische und wirtschaftliche Kraft haben, sich eines Zollvereines bedient haben. Frankreich hat die Binnenzölle aufgehoben, um ein breites Territorium zu bilden, und hat die Grenzzölle eingeführt. Deutschland, Nordamerika, Schweiz haben ihre wirtschaftliche Entwicklung bloß durch die Zollvereine erlangt. Wenn wir auch einen neugebildeten Zollverein, nämlich den von Australien betrachten, erscheint

uns wieder der Zollverein als das einzige Hilfsmittel. Australien ist in letzter Zeit ein neues Nordamerika in seinen wirtschaftlichen Fortschritten.

II. Kapitel.

Balkanzollverein.

Wenn früher von den Balkanstaaten gesprochen wurde, verstand man darunter: Rumänien, Bulgarien, Serbien, Bosnien-Herzegowina, Türkei, Montenegro und Griechenland. In diesem Umfang ist die Balkanhalbinsel zweimal größer als die Apenninische Halbinsel und $^1/_5$ kleiner als die Pyrenäische. Seit dem Akt vom Oktober 1908 jedoch ist Bosnien-Herzegowina für immer an Österreich-Ungarn gefesselt und wird deswegen jetzt nicht mehr zu den Balkanstaaten gerechnet.

Unter Balkanstaaten versteht man heute bloß: Rumänien, Bulgarien, Serbien, Türkei Griechenland und Montenegro, sodaß die Balkanhalbinsel folgende Größen hat:

	qkm	Bevölkerung	auf 1 qkm
Bulgarien . . .	96 348	4 028 239	41,8
Rumänien . .	130 177	5 956 690	45,35
Serbien . . .	48 303	2 688 747	55,66
Griechenland .	64 679	2 631 952	40,69
Europ. Türkei .	169 317	6 130 200	36,2
Montenegro . .	9 080	227 841	25
	517 882	21 643 669	

Als etwas Ganzes ist die Balkanhalbinsel von einer respektierlichen Größe, aber verteilt auf so viele kleine Staaten, welche in ununterbrochenem Kampf

gegeneinander stehen, hat sie jede Bedeutung und Möglichkeit zur Entwicklung verloren. Aus den angegebenen Zahlen des Flächeninhaltes und der Bevölkerung der Balkanstaaten ergibt sich, daß diese Staaten eben kleine Staaten sind und als solche den Nachteilen der kleinen Staaten unterworfen sein müssen. Wie wir später sehen werden, ist dies auch der Fall. Deswegen bestrebt sich jeder der Staaten, sich von diesen schlechten Verhältnissen zu befreien. Da hier aber die kapitalistische Klasse als solche noch nicht konsoldiert ist, und deswegen noch nicht die Politik in diesen Staaten leiten kann, ergreift der Monarchismus hier seine beliebte Eroberungspolitik. Die Verhältnisse, um eine solche Politik zu begründen, waren da.

Wie wir wissen, ist die Balkanhalbinsel der Schauplatz eines wütenden Nationalitätenkampfes geworden. Als die Türkei die Balkanhalbinsel eroberte, stellte sie alle christlichen Nationen unter die Oberherrschaft der Fanarioten[22]. Diese plünderten die Bevölkerung und unterdrückten sie. In allen Schulen mußte in altgriechischer Sprache unterrichtet werden und in der gleichen Sprache auch der Gottesdienst gehalten werden. Dies war die Ursache, welche den nationalen Haß und Kampf zwischen den Griechen und den anderen Nationen, hauptsächlich den Bulgaren, wieder ins Leben rief.

Nachdem die türkische Regierung 1871 gezwungen war, die kirchliche Selbständigkeit Bul-

[22] Im Anfang des 19. Jahrhunderts war eine habsüchtige, verdorbene, griechische Oligarchie um das Patriarchat versammelt, welches zum Sitz den Fener in Konstantinopel hatte. Von dort trägt diese Oligarchie auch ihren Namen Fanariot.

gariens anzuerkennen, seitdem Bulgarien durch die Russen politisch von der Türkei befreit worden war, haben sich die nationalen Kämpfe in die Türkei gezogen.

Diese hat bekanntlich eine sehr bunte Bevölkerung. Eine genaue Statistik existiert nicht. Diejenige, welche wir von verschiedenen Ethnographen haben, widerspricht sich sehr. Um die bunte Bevölkerung in der Türkei zu schildern, werde ich die Statistik für Mazedonien vom bulgarischen Ethnographen Brankoff zitieren[23].

Türken (Muselmanen)	840 433	oder	36,88 %
Bulgaren	1 172 136	„	51,44 %
Serben	?		?
Griechen	190 047	„	8,34 %
Rumänen	63 895	„	2,80 %
Arnauten (Albanesen)	12 006	„	0,54 %

Nach Dr. Karl Peucker[24] ist Mazedonien bevölkert mit

Türken (Mohammedaner)	55 000
Griechen (orthodox)	240 000
Bulgaren (orthodox)	1 215 000
Bulgarischsprechende Mohammedaner	140 000
Albanesen (Christen)	22 000
„ (Mohammedaner) . . .	615 000
Rumänen	93 000
Juden	63 000
Zigeuner	38 000

Durch den streng zentralistischen Absolutismus, für den die Türkei ja als Muster gilt, fühlte sich die Bevölkerung unterdrückt und wurde so in einen fanatischen Befreiungskampf getrieben.

---

[23] Siehe darüber Brankoff, La Macédonie (1905), und den Leitartikel in der Zeitung „Westi“ No. 78 von 1911.

[24] Darüber Dr. K. Peuker, Mazedonien (1904).

Die Türken bekämpften nicht die Ursachen dieser Erhebung und gingen nur in sehr brutaler Weise vor.

Die von der Türkei unterdrückten Nationalitäten erweckten in den benachbarten Bruderstaaten Mitgefühl und Teilnahme. Ihre Monarchen benützten diese Stimmung für ihre Expansionspolitik, wobei sie sich von dem Gedanken einer Aufteilung der Türkei leiten ließen.

Die letzten 30 Jahre zeigten, daß auch nach einer etwaigen Aufteilung der Türkei das Balkanproblem noch nicht gelöst ist.

Während vor 500 Jahren die Balkanhalbinsel frei von Türken war, sind jetzt im früher echt bulgarischen Mazedonien 36,88 % Türken. Nach dem bulgarischen Abgeordneten im türkischen Reichstag Dr. Doreff sind sogar die Türken die Mehrheit der in Mazedonien lebenden Nationen.

Ferner sind die verschiedenen Nationalitäten nicht territorial zusammengeschlossen, sodaß eine gerechte Verteilung der Territorien nach Nationalitäten unmöglich ist. Neue Unruhen würden auf dem Balkan entstehen, wie wir es jetzt schon bei den gegenseitigen Kämpfen der Revolutionäre sehen. Anderseits machte die Türkei in der Revolution von 1908 Versuche, sich zu konsolidieren. Die Großmächte haben der Türkei ihr Vertrauen erklärt und so ist die Idee einer Aufteilung derselben zunächst hinfällig geworden.

So hat die Expansionspolitik von Bulgarien, Griechenland und Serbien jede Bedeutung und Hoffnung verloren. Sie wird höchstens noch in einigen chauvinistischen Kreisen genährt.

Die Aufgabe der Politik dieser kleinen Staaten

ist vielmehr jetzt: Verhältnisse herzustellen, unter welchen die Produktionskräfte sich entwickeln werden, einen Ausweg aus den Schranken, in denen sich die Industrie und überhaupt die Wirtschaft nicht entwickeln kann, zu suchen.

Im vorigen Kapitel haben wir aus der Geschichte gesehen, daß die kleinen Staaten angewiesen sind, sich zu vereinigen. Dieser Gedanke gilt auch für die kleinen Balkanstaaten. Bloß durch das Einverständnis auf Grund einer Zollunion können die Balkanstaaten das erreichen, was sie wollen, d. i. Sicherheit ihrer Existenz und ihrer wirtschaftlichen Entwicklung.

Eine föderative Zollunion ist das einzige Mittel hiezu.

Diese Idee wird immer populärer und einige Parteien haben sie schon in ihr Programm aufgenommen. Es ist zu bemerken, daß die Stimmung fast in allen Staaten für dieses Projekt ist. Es genießt aber wegen seines scheinbar utopischen Charakters noch nicht allgemeines Vertrauen. Das Folgende wird zeigen, ob ein solches in den Tatsachen begründet ist oder nicht.

III. Kapitel.

Die Balkanstaaten und die Großmächte.

Die Balkanhalbinsel war im 14. Jahrhundert in noch mehrere kleine Fürstentümer verteilt als heute, welche sehr viel unter sich gekämpft haben. Die

hauptsächlichsten Feinde waren damals noch die Griechen und die Bulgaren, die zwei stärksten Mächte auf der Halbinsel.

1453 eroberten die Türken Konstantinopel und die ganze Halbinsel wurde ihrer Herrschaft einverleibt. Seit dieser Zeit wird die Balkanhalbinsel als das Pulverfaß in Europa bezeichnet. Die unterdrückten Nationen wollen sich von den Türken befreien und die westeuropäischen Großmächte haben diesen Zustand immer für ihre Interessen ausgenützt.

Es ist bekannt, daß unter den westeuropäischen Staaten England als erster die Bahn der kapitalistischen Produktion beschritten hat. Die englische Volkswirtschaft hat sich in kurzer Zeit transformiert. England wurde alsbald eine Fabrik der ganzen Welt. Zur Sicherung der Getreideeinfuhr mußte sich parallel mit der Notwendigkeit derselben auch die Industrie entwickeln. Zu diesem Zweck mußte England insbesondere für Vergrößerung seines Absatzgebietes sorgen[1].

Als solches war für die englische Industrie noch im 17. Jahrhundert die Türkei sehr geeignet. Sie zeigte damals sehr wenig Sorge um den eigenen Landeswohlstand. England befürwortete dagegen, in der Hoffnung, sich diesen Markt dauernd erhalten zu können, allgemein den Gedanken eines Gleichgewichtes in Europa. Mit diesem Wunsche brachte England aber gerade den Konflikt in die Balkan-

[1] Im Jahre 1856 hat England in der Türkei für 141 537 850 Frs. Produkte eingeführt, was fast ein Drittel der ganzen Einfuhr in der Türkei um diese Zeit war. Im Jahre 1860 haben Frankreich und England 70 % des ganzen Außenhandels der Türkei in ihren Händen gehabt. Siehe darüber mehr L'Empire de Turquie, par Henschling S. 181.

frage. Rußland, welches seine Absichten im Balkan hatte, sprach sich gegen dieses Gleichgewicht aus und so begann der Kampf. England hatte jedoch nicht bloß diese Interessen in der Türkei, es wollte vielmehr das „labile" türkische Reich beibehalten, um so seinen Weg nach Indien, den so wichtigen Konsumenten seiner Produkte, sich zu sichern [2].

Hierdurch wurde der Kampf weiter verschärft. England gab sich die größte Mühe auf diplomatischem Wege die Bildung oder Herrschaft einer Großmacht am Bosporus zu verhindern.

1856 mußte Rußland nach seiner Niederlage im Krimkrieg beim Abschluß der Pariser Friedensverträge das europäische Gleichgewicht, sowie die Integrität des türkischen Reiches anerkennen. So erreichte England seinen Zweck.

Gegen Ende des 18. Jahrhunderts verlor England Nordamerika als Kolonie. Da aber Englands Kapitalismus auf der Kolonialwirtschaft beruht, so wurde nunmehr Indien von der größten Bedeutung für England. Ungefähr um die gleiche Zeit erwuchsen England auf dem Balkan zwei neue Gegner, Österreich-Ungarn und das eben erwachende Deutschland.

Österreich-Ungarn verstand es nicht, wegen seiner späteren Entwicklung zum Kapitalismus und seiner territorial eingeschlossenen Lage, in derselben Weise Kolonien zu erwerben, wie England,

---

[2] England hat 1882 82,5 % der ganzen Einfuhr in seinen Händen gehabt, im Jahre 1891 71,5%. Im Jahre 1890 hat England in Indien für 81,5 Millionen Frs. Produkte eingeführt. Paul Lonis, La économique. Siehe darüber mehr in „Sodremenik" 1908, Buch IV.

Frankreich usw. Seine Aufmerksamkeit blieb deshalb auf den schwachen Nachbarn gerichtet.

„Drang nach Osten" ist der Grundsatz seiner Diplomatie; ihm zufolge sind alle Ausdehnungsbestrebungen dorthin gerichtet.

Da Rußland in gleicher Weise auf dem Balkan interessiert war, verschärfte sich der Kampf nunmehr zwischen Österreich-Ungarn und Rußland oder allgemeiner zwischen Deutschtum und Slaventum.

Rußland strebte aus seiner am Schwarzen Meer eingeschlossenen Lage herauszukommen, durch einen Ausgang am Bosporus und umkleidete dieses Bestreben mit panslavistischen Utopien.

Im Jahre 1782 kam zwischen Joseph II. und Katharina II. ein Vertrag bezüglich der europäischen Türkei zustande, laut welchem ein neuer christlicher Staat „Dazien" gebildet wurde, welcher unter russischem Protektorat stehen sollte und zugleich sollte das griechische Kaisertum wieder aufgerichtet werden. Als Kompensation hat Rußland einen großen Teil der serbischen Länder der österreichischen Monarchie überlassen[3].

Seitdem nahm Rußland in seine Eroberungspolitik den Wunsch der Gründung einer russischen Unterdonauprovinz „sadonajskaja gubernia" auf. Aus diesem Motive war auch Rußland ein Bundesgenosse Bulgariens in dessen Freiheitskampf, und diese Absicht hegt Rußland noch heute.

1875 stellte die Türkei durch ein dahingehendes Gesetz ihre Schuldenzahlung ein. Gleichzeitig drückte die Regierung auf die Bevölkerung, hauptsächlich

---

[3] Siehe darüber näheres bei Dr. V. Georgewitsch, Die serbische Frage.

die christliche, bei der Steuererhebung und ging mit unmenschlichen Strafen gegen die sich Weigernden vor. Die europäische, vor allem die englische Presse führte einen heftigen Kampf hiegegen und bewirkte viele Protestversammlungen über ganz England hin gegen die Türkei. Hierdurch wurde die Regierung zu einer anderen Politik gegenüber der Türkei gezwungen, freilich nicht aus Humanität, sondern im kapitalistischen Interesse.

Nunmehr wurde die Konferenz von Konstantinopel berufen, auf welcher sich England für das Bulgarien von St. Stephano aussprach. Die entschiedene Weigerung der Türkei verursachte den Krieg von 1877.

Während England seinen Absatz in der Türkei zu monopolisieren strebte und mit Indien beschäftigt war, machte die österreichische Politik große Fortschritte auf dem Balkan, bald mit, bald gegen Rußland.

Die Politik der Großmächte auf dem Balkan war meist hinter humanen, nationalen oder christlichen Vorwänden verschleiert. Die tatsächlichen Motive waren jedoch wirtschaftlicher und politischer Natur.

Der Kürze wegen sei unter vielem anderen nur erwähnt, daß Rußland, welches immer mit panslavistischen Ideen zu operieren beliebt, öfters schon slavische seinen Interessen zu opfern bereit war; so wollte es vor dem Krimkrieg Serbien Österreich-Ungarn überlassen.

Ein anderes Mal schlug Nikolaus I. dem Kaiser Joseph durch seinen Botschafter Baron Meyendorff vor, in Durchführung eines gemeinsamen Aktionsplanes Serbien, Bosnien und Herzegowina

zu besetzen, während die Walachei und Moldau Rußland zufallen sollte[4].

Nach dem Krieg von 1877 und dem Vertrag von St. Stephano, in welchem die Türkei Großbulgarien anerkannte, wurde die Berliner Konferenz berufen. Hier erklärten sich die Großmächte für eine Dreiteilung Großbulgariens: Nordbulgarien wurde zum freien Fürstentum, Rumänien zum autonomischen Gebiet, beide unter dem Protektorat des Sultans, endlich Mazedonien und das übrige Balkangebiet wieder Teile des türkischen Reiches. So kam Rußland wieder um sein Bosporusprojekt.

Diese plötzliche Änderung der Politik der Großmächte lag in ihrer Befürchtung begründet, daß Großbulgarien ein Hindernis ihrer Absichten werden könnte.

Die Berliner Konferenz gab die aufständischen Gebiete Bosnien und Herzegowina an Österreich-Ungarn zum Zwecke der Herstellung der Ruhe ab. Rußland bekam als Kompensation Bessarabien und andere Gebiete im Kaukasus.

Wer die Beschlüsse der Konferenz durchliest, bemerkt auch hier, daß die Großmächte nie gute Absichten mit den Balkanstaaten gehabt haben. Durch jene wurden die Balkanstaaten sehr geschädigt und fast aller Rechte beraubt. Sollten sich die Balkanstaaten den Beschlüssen nicht fügen, so wurden die Großmächte sofort durch Aufteilung des Balkans unter sich die gewünschte Ruhe wieder herstellen. Während sich Rußland im fernen Osten beschäftigte, machte das Deutschtum auf dem Balkan große Fortschritte.

---

[4] Siehe V. Georgewitsch.

Der 1908 durchgeführten Annexion Bosniens und Herzegowinas durch Österreich-Ungarn folgte 1911 die Konzession der Bagdadbahn, durch welche Hamburg über Sophia, Konstantinopel, Barusa mit Bagdad, die Nordsee mit dem Arabischen Meer verbunden wurde. So eroberte das Prinzip Deutschlands „Drang nach Osten" noch weitere Aussichten für seine Industrie.

Diese wenigen Tatsachen mögen genügen, um einerseits die Absichten der Großmächte auf dem Balkan in politischer und wirtschaftlicher Hinsicht nachzuweisen, andererseits als einziges Mittel hiegegen den Zusammenschluß der Balkanstaaten als Schicksalsgenossen gegenüber dem gemeinsamen Feind zu zeigen.

Denn die Absichten der Großmächte bestehen auch für die Zukunft, und zwar in nur noch stärkerem Maße fort. Österreichs Absichten auf Serbien sind heute nicht mehr geheim; die Grenze soll bis Bulgarien ausgedehnt werden und bei Saloniki das Meer erreichen [5].

Wer gibt aber die Versicherung, daß der Nachfolger Serbiens nicht Bulgarien wird und Österreich nicht bis zum Schwarzen Meer vordringt?

Auch Rußland wandte sich nach seiner Niederlage im Osten wieder mit voller Aufmerksamkeit zum Balkan zurück.

Englands Interesse am Balkan wird sowohl durch die wachsende Ausdehnung seines Handels, wie durch die zunehmenden Freiheitsbestrebungen in den eigenen Kolonien vermehrt; auch der Balkan soll als Absatzmarkt gesichert werden.

---

[5] Graf Greneville.

Italiens Industrie ist zwar noch in der Anfangsentwicklung begriffen, sie hegt jedoch jetzt schon Sorge für einen passenden Absatzmarkt. Diesen sucht Italien, seitdem es am Arabischen Meer durch England verdrängt wurde, ebenfalls auf dem Balkan und spricht offen den Wunsch nach Annexion von Albanien aus.

Frankreich endlich, dessen Einfluß früher groß war, beteiligt sich auch jetzt immer noch neben Deutschland lebhaft an der Balkanfrage.

All diesen fremden Interessen gegenüber müssen die Balkanländer auf Wahrung ihrer Interessen bedacht sein, um so mehr, als die noch nicht konsolidierte Türkei auch jetzt immer noch den Großmächten Veranlassung bietet, sich in die Balkanfrage zu mischen, was jederzeit eine Katastrophe für die Balkanstaaten bedeuten kann.

Nach unseren Ausführungen ist eine Anlehnung der kleinen Staaten, wie es die Balkanstaaten sind, an Großstaaten für erstere durchaus schädlich; gleichgültig ob ihre Politik, russen- oder österreichfreundlich ist. Die Balkanstaaten werden immer dabei Schaden leiden; sie sind vielmehr zum Schutze ihrer Selbständigkeit auf sich selbst angewiesen; da sie aber einzeln nichts erreichen können, so müssen sie alle im gemeinsamen Bunde kämpfen.

Hätte z. B. Serbien sich mit den anderen Balkanstaaten geeinigt, so hätte es seine Interessen gegen Österreich-Ungarn nachhaltiger vertreten können, als so, wo es vergeblich auf Rußland wartete. Ähnlich ging es auch schon den anderen Balkanstaaten. Prinzip einer allen Balkanstaaten gemeinsamen Politik muß somit sein: Der Balkan den Balkanstaaten.

IV. Kapitel.

Der wirtschaftliche Zustand und seine Entwicklung in den Balkanstaaten.

Eine ausführliche Darlegung der Wirtschaftslage auf dem Balkan müssen wir uns versagen; die Darstellung wird sich vielmehr lediglich auf den Nachweis dafür beschränken, daß die heutigen Ergebnisse der wirtschaftlichen Entwicklung in den Balkanstaaten bei weitem hinter dem Erreichbaren zurückgeblieben sind. Auch statistische Daten anderer Staaten werden zum Vergleich herangezogen werden.

Damit ein Staat sich wirtschaftlich entwickeln kann, muß er drei natürliche Voraussetzungen erfüllen: 1. ein fruchtbares, mit Bodenschätzen ausgestattetes Land, 2. viele Arbeitskräfte und 3. das Kapital.

Sind die Balkanstaaten Besitzer von all diesen drei Voraussetzungen? Zum Zwecke einer einwandfreien Antwort hierauf mögen einige Zitate von guten Kennern des Balkans dienen.

Emile Laveliye sagt in seinem Buch „Balkan Halbinsel“ über Serbien: „Nach meinem Eindruck, welchen ich gewonnen habe in der Zeit meines Aufenthalts in Serbien und nach der Schlußfolgerung, zu welcher ich nach dem Studium von allerlei Dokumenten gekommen bin, über welche ich verfügte, habe ich die Meinung, daß Serbien eine

von den glücklichsten Nationen auf unserem Kontinent ist, und daß es in sich alle Bedingungen für eine glänzende Zukunft enthält."

Bezüglich Bulgarien spricht sich Blanqui wie folgt aus: „Die Bulgaren besitzen am meisten das Recht auf Existenz als Nation; sie haben eine reiche Bodengestaltung, milderes Klima; einen großen Grenzfluß, sehr günstiges Ackerland, viel Gebirge mit Wald, Eisen, Erze und zahlreiche Herden, welche sich noch unbegrenzt vergrößern können." H. A. Daniel in seinem kleinen Handbuch der Geographie sagt über Griechenland: „Die Erzindustrie war schon im Altertum bekannt und wurde vor einigen Jahrzehnten wieder begonnen. Die Hauptmetalle sind: Silber, Blei und Zink, welche sich meistens zusammenfinden. . . . Eisen und Erz ist in großer Masse vorhanden. . . . Steinkohlen zur Schmelzung von Eisenerzen fehlen jedoch. Die Versuche, die Eisenerze in England zu bearbeiten, fielen sehr ungünstig aus.

Derselbe sagt über Serbien: Die Gebirge in Serbien enthalten unermeßliche natürliche Reichtümer, z. B. Silber, Eisen, Blei, Antimon, Steinkohlen und werfen schon jetzt, obwohl nur ein kleiner Teil bearbeitet wird, großen Gewinn ab.

Man könnte noch viele andere im gleichen Sinn lautende Urteile guter Balkankenner anführen.

Auch an Arbeitskräften fehlt es nicht, wie man aus der Auswanderung aus den an sich nicht dicht bevölkerten Balkanstaaten ersieht. Es gibt hier viele Arbeitskräfte, welche wegen Arbeitsmangel ihre Heimat verlassen, um irgendwo anders ihre Existenz zu suchen. Und jene Arbeits-

kräfte, welche bleiben, werden sehr schlecht ausgenützt.

Ein bulgarischer Professor, Daniailoff, kommt nach einer Rechnung der Arbeitstage der bulgarischen Landbevölkerung zu der Schlußfolgerung, daß jene bloß 7 Monate im Jahre arbeitet und die übrigen 5 Monate fast völlig feiert. Dazu kommen alle möglichen Nationalfeiertage, religiöse Feiertage oder von selbst abergläubisch entwickelte Feiertage, z. B.: Maustage, Feuertage usw., an welchen der Bauer sogar Wagen nicht anspannt, so daß der Bauer in allem etwa 120 Tage arbeitet.

Man kann unter diesen mehr oder weniger für alle geltenden Verhältnisse nicht von einem Mangel an Arbeitskräften sprechen.

Der dritte Faktor, das Kapital, fehlt hier aber wieder aus Schuld der hiesigen schlechten Einrichtungen. Wir wissen, daß das Kapital international ist, und in der Produktion dort auftritt, wo die Verhältnisse günstiger sind. Würde eine größere Sicherheit für das Kapital gewährt, so würde es selbstverständlich nicht fehlen, aber es ist das Gegenteil der Fall, sogar die heimischen Kapitalien finden keine rationelle Verwendung.

Wie sieht es nun bei diesem großen Naturreichtum des Balkans mit den wirtschaftlichen Zuständen seiner Staaten aus?

Mit Bedauern haben wir gleich im Anfang zu sagen, daß der Fortschritt, welchen die Balkanstaaten in dieser Beziehung gemacht haben, sehr klein und mehr Produkt der natürlichen Triebkräfte unter dem Einfluß von westeuropäischen Staaten ist, da die Landesbehörden hiezu sehr wenig beigetragen haben.

Die Hauptwirtschaft ist hier die **Landwirtschaft.** Mit Landwirtschaft ist die Bevölkerung beschäftigt in Prozenten ausgedrückt, wie folgt:

	%
Bulgarien	74,7
Serbien	84,23
Rumänien	60,0

Für Griechenland und Türkei haben wir keine Ziffern, aber sie werden nicht kleiner sein, als die oben gegebenen, weil Rumänien als das industriellste Land des Balkans gilt.

Für die Prozente des bearbeiteten Landes haben wir folgende Zahlen:

	% der ganzen Fläche
Bulgarien	31,09
Rumänien	46,66
Serbien	25,7
Griechenland	23,2
Türkei	8

obwohl es für Frankreich 88 %, für Dänemark 82 % sind. Wir sehen also, wie wenig hier die Erde ausgenützt wird!

Auf den Balkanstaaten haben wir durchgehend kleine landwirtschaftliche Betriebe, außer Rumänien, wo die Betriebe über 100 % ha 60 % von allen ausmachen.

Das Land ist verteilt nach Kulturen:

Name der Kultur	Rumänien %	Serbien %	Griechenland %	Bulgarien %	Türkei %
Bearb. Erde	46,66	25,7	23,20	31,10	—
Weinberge .	0,70	1,2	2,40	1,20	—
Weiden . .	11,60	6,4	36,20	13,70	—
Wälder . .	17,50	32,00	14,70	30,00	—
Unproduktiv	23,40	34,00	21,70	22,00	—

Die Erde wird hier noch sehr primitiv bearbeitet. Es werden ganz alte Werkzeuge zur Bearbeitung der Erde gebraucht, sogar in einigen Ländern, wie der Türkei, ist die moderne Maschine noch ein Wunder. Überhaupt ist zu bemerken, daß die moderne Technik in der Landwirtschaft, welcher sich die westeuropäischen Staaten bedienen, hier gar nicht bekannt ist. Das Hauptwerkzeug ist die alte slavische „Ralo". Für die Technik in der Landwirtschaft haben wir folgende Zahlen:

	Hölz. Pflüge	Eis. Pflüge	And. Maschinen
Bulgarien 1905 .	392 837	69 577	27 011
Rumänien 1905 .	500 000	100 000	?

Für Bulgarien betragen die Betriebe, welche haben[1]:

1 eisernen Pflug	42 797	oder 6,43 %
2 „ „	2 109	„ 0,32 %
3 oder mehr „	263	„ 0,04 %
welche keinen Pflug haben	619 979	„ 93,21 %

Das sind die zwei Länder, welche am besten in dieser Beziehung stehen. Die Bevölkerung kann sogar nicht mit diesen Maschinen umgehen.

Betreffs der anderen modernen Mittel, welche die Landwirte in Westeuropa gebrauchen, z. B. verschiedene künstliche Dünger, können wir auch nichts Erfreuliches sagen. Hier kennt der Landwirt alle diese künstlichen Dünger nicht und ist ihm unmöglich sie anzuschaffen, weil ihm hiezu die Mittel fehlen. Wie wir gesehen haben, ist der Landwirt Kleinbesitzer und er kann kaum seine Existenz und

[1] Diese Zahlen sind aus Ökonomische Zeitschrift 1907, Bd. 4—5, S. 220. K. G. Popoff, Blick auf die ökonomische Entwicklung Bulgariens.

seine Abgaben für den Staat bestreiten. In Rumänien, wo der Großgrundbesitz herrscht, sind diese rationellen Mittel schon im Gebrauch, aber sehr wenig.

Für die Hauptprodukte, welche hier die Landwirtschaft erzeugte, können wir folgende Tabelle geben:

Name der Kultur	Bulgarien Hektare	Rumänien Hektare	Serbien Hektare	Griechenland Hektare	Türkei[2] Hektare
Getreide .	1 206 268	5 043 552	1 200 294	—	—
Weizen .	1 066 243	1 689 044	376 875	—	—
Roggen .	182 447	136 564	47 652	—	—
Gerste .	232 227	549 186	103 127	—	—
Hafer . .	187 743	484 504	100 976	—	—
Mais . .	498 282	2 123 473	563 583	—	—
Hirse . .	39 326	60 473	8 078	—	—

Die Produktionsverhältnisse der oben genannten Zerealien mögen mit folgender Tabelle veranschaulicht werden:

	1907	1909	1908	1909	
Zerealien	Bulgarien 100 kg	Rumänien Hektare	Serbien Met.-Ztr.	Griechenland Met.-Ztr.	Türkei[3] Hektare
Weizen .	6 865 382	19 998 879	3 128 412	2 500 000	—
Roggen .	986 322	1 089 023	247 302	30 000	—
Gerste .	1 474 508	7 032 188	729 633	1 100 000	—
Hafer . .	1 076 416	9 143 037	443 748	135 000	—
Mais . .	3 576 366	24 716 481	5 336 914	1 200 000	—
Hirse . .	209 126	343 416	28 253	—	—
				4 965 000	2 500 000

[2] Die Ziffern für Bulgarien sind vom Annuaire statistique du Bulgarie 1909 und gelten für 1907; Rumänien und Serbien den Konsularberichten der österreich-ungar. Konsularämter entnommen und gelten für 1908; für Griechenland und Türkei fehlen solche Angaben.

[3] Die Ziffern für Bulgarien sind aus dem Ann. Stat. 1909; für Rumänien, Serbien und Griechenland aus den Konsularberichten und für die Türkei von Sachkundigen, deswegen nicht garantiert.

Für andere Produkte, welche hier produziert werden, haben wir folgende Ziffern:

Türkei		Griechenland		Serbien		Name der Produkte	Rumänien		Bulgarien	
Hektar	Hektoliter	Hektar	Hektoliter	Hektar	Hektoliter		Hektar	Hektoliter	Hektar	Hektoliter
—	—	—	1 300 000	—	—	Reis . . .	—	—	2 358	35 193 000
—	—	—	—	—	—	Rapis . .	69 146	527 170	2 285	4 978 860
—	—	—	—	—	1 785 q	Linsen . .	—	23 184	4 156	15 073 760
—	—	—	19 000 000 kg	—	231 004 q	Bohnen . .	30 924	—	48 585	251 425 360
—	—	—	—	—	1 944 q	Erbsen . .	—	137 379	614	2 842 330
—	—	—	—	—	—	Sosam . .	—	—	1 295	2 480 780q
—	—	—	—	—	—	Anis . . .	—	—	1 164	3 036 990
—	13 000 000 kg	—	8 300 000	2 671	2 101 419 q	Tabak . .	8 252	55 093 q	5 787	40 894 380
—	—	—	6 400 000	—	—	Baumwolle.	—	—	602	1 310 470
—	—	—	—	—	—	Lein[4] . . .	—	10 906 q	142	288 100q
—	—	—	—	14 276	67 089 q	Hanf[4] . .	—	15 606 q	3 163	8 526 180q
—	—	—	—	2 679	666 115 q	Zuckerrüben	11 406	2 075 892 q	2 285	252 018 740
—	—	—	—	—	551 464 q	Gemüse . .	—	—	8 715	539 781 670
—	—	—	—	—	—	Rosenöl . .	—	—	7 258	642 851 Fl.
—	—	—	7 500 000	—	—	Olivenöl .	—	—	—	—
—	615 000	kg	320 000 000	34 904	450 000	Wein . . .	86 019	1 270 080	83 079	812 994 940
—	—	—	—	159 072	5 300 617 q	Pflaumen .	69 189	367 186 q	4 675	166 489 310q
—	—	—	—	—	5 000 000	Künst.Futter	115 160	3 430 767 q	1 931	76 782 150q
—	—	kg	141 000 000	—	—	Korinthen .	—	—	—	—

[4] Hier sind nicht berechnet Lein und Hanfkerne.

Hier werden auch noch andere Produkte bearbeitet; diese sind aber von gar keiner oder sehr kleiner Bedeutung für den nationalen Wohlstand.

Damit uns die primitive Bearbeitung der Erde bei den Balkanstaaten noch klarer wird, will ich erwähnen, daß 1 ha besät mit Weizen durchschnittlich für Bulgarien 8,99 hl ergibt; (am niedrigsten rentiert sich Hirse 7,25 hl, am höchsten Reis 20,53 hl), in Rumänien für Großgrundbesitz an Weizen 13 hl und für Kleinbesitz 10,5 hl. Wir dürfen nicht vergessen, daß beide Staaten die fortgeschrittensten sind. In England wird von 1 ha 31,65 hl, in Frankreich 19 hl, in Deutschland Weizen 21, Roggen 19, Gerste 21 hl erzielt.

Die Viehzucht in den Balkanländern steht auch noch auf einer traurigen Stufe. Sie gilt nicht als besonderer Lebensunterhalt, wenn auch die Verhältnisse günstig sind. Hier werden gezüchtet Pferde, Ochsen, Kühe, Büffel, Esel, ferner Ziegen und Schweine. Die Pferde sind von keiner guten Rasse und sind meistens klein, aber kräftig. Die Ochsen hatten sehr gute Rasse, heute aber ist ein Rückgang in derselben zu bemerken. Die Zucht des Kleinviehs ist sehr vernachlässigt. Überhaupt ist für die Viehzucht besser zu sorgen.

Wenn die betreffenden Regierungen etwas mehr sorgen würden, könnten glänzende Resultate in dieser Beziehung erzielt werden. Das ist aber nicht der Fall und wir sehen, daß anstatt einer Vervollkommnung der Viehzucht diese ihre Bedeutung als speziellen Lebensunterhalt verliert, die Rasse verschlechtert sich und so bleibt die ganze Viehzucht bloß von lokaler Bedeutung.

Für die Viehzucht haben wir folgende Zahlen:

	Rumänien 1908	Griechenland 1908	Türkei 1905	Serbien 1905	Bulgarien 1909	Dänemark 1905
Pferde	871 570	160 000	—	172 281	538 271	450 000
Ochsen u. Büffel	2 588 526	410 000	—	943 946	2 172 405	1 743 470
Schafe[5]	5 655 447	4 500 000	3 000 000	3 066 231	8 130 997	1 100 000
Ziegen	2 332 515	3 400 000	—	499 867	1 384 116	—
Schweine	1 719 205	175 000	—	875 549	465 333	1 200 000

Auf 100 Einwohner kommen:

Pferde	13	10	—	7	13	22
Ochsen u. Büffel	39	15	—	35	53	876
Schafe	86	247	—	119	198	550
Ziegen	4		—	18	32	—
Schweine	26	7	—	33	11	600

[5] In den Konsularberichten finde ich für Ziegen und Schafe zusammen 5 887 959. Ich glaube, die in der Tabelle angegebenen Ziffern sind richtig.

Aus dieser Tabelle wird uns klar, wie vernachlässigt die Viehzucht ist, trotzdem sie für einige Staaten als Hauptlebensunterhalt gilt und auch sein kann. Daneben habe ich auch eine Statistik für Dänemark gegeben, welches hier als Muster dienen kann. Wenn wir die Zahlen der Balkanstaaten mit diesen vergleichen, so sehen wir, was die Balkanstaaten in ihrer Viehzucht noch zu machen haben, wenn sie die Stufe der modernen Agrarstaaten erreichen wollen.

Die höchste Stufe in der wirtschaftlichen Entwicklung eines Landes ist die **Industrie**. Wenn man heute vom wirtschaftlichen Progreß eines Landes spricht, so versteht man darunter hauptsächlich die industrielle Entwicklung. Durch die Industrie werden die nationalen Reichtümer am intensivsten ausgenutzt, weil sie die beste und deswegen modernste Wirtschaftskultur ist. Durch die Industrie wird die Hauptaufgabe der wirtschaftlichen Tätigkeit, „Sammlung von Reichtümern", am besten erreicht.

Wenn wir die Kulturentwicklung des letzten Jahrhunderts betrachten, werden wir sehen, daß die Wissenschaft, die Kunst und der ganze menschliche Geist im Dienst der Industrie stehen. Die Erfindungen folgen äußerst schnell aufeinander und bewirken so eine nahezu fabelhaft rapide Entwicklung der Industrie. Von den vielen Beispielen greifen wir nur Deutschland und die Vereinigten Staaten von Nordamerika heraus.

Vor 35—40 Jahren war Deutschland ein noch nicht entwickelter Industriestaat und ein sehr guter Abnehmer für die Industrien Frankreichs und Englands. Heute befriedigt Deutschland nicht bloß

seine entwickelten Bedürfnisse, sondern ist der größte und gefährlichste Konkurrent auf dem Weltmarkt, und seine einzigen Konkurrenten sind die Engländer. Die Fabriken wachsen hier wie Pilze. Es bilden sich jeden Tag Unternehmungen, welche immer neuere und modernere Industrien befördern. Deutschland, welches vor 35—40 Jahren ein ruhiger, idyllischer Garten war, ist heute ein industrielles Land mit allen seinen Vorteilen und Nachteilen. Es gibt keine Ecke, wo man nicht den großen Kamin einer Fabrik rauchen sieht. Die Statistik beweist ja zur Genüge diese Entwicklung Deutschlands. Die Eisenindustrie, an welcher man am besten die wirtschaftliche Lage eines modernen Staates sehen kann, hat folgende Entwicklung in Deutschland:

Roheisen

1880	1890	1900	1908
2 729 038	4 658 451	8 520 390	118 053 000

Stahl

1880	1895	1900	1908
624 418	2 830 468	6 645 869	8 371 000

Es ist hier ein sehr charakteristischer Fall in der Eisenindustrie zu erwähnen. Die Schmiede Krupps, welche im Anfang des 19. Jahrhunderts sehr klein und primitiv war, nicht mehr als eine gewöhnliche bulgarische Schmiede, bloß mit ein paar Arbeitern, hat heute 82 Dampfhämmer, 1662 mechanische Werkzeuge und 1553 Öfen. Fast bei allen Industrien ist eine gleiche Zukunft zu bemerken.

Für die im Gewerbe beteiligten Aktiengesellschaften haben wir folgende Statistik[6]:

[6] Diese und alle bis jetzt für Deutschland erwähnten Zahlen sind dem Statistischen Jahrbuch und Werner

	Zahl	Kapital Mill. Mk.
gegründet vor 1850 .	38	255.05
gegründet von 1871—80	446	1479.17
		Kapital inkl. Hyp. u. Anleihe
1908	3162	7443.49

Die Bewegung der Zahl der Betriebe und beschäftigten Arbeiter in den letzten 30 Jahren in Deutschland ist folgende:

	2 bis 5 Personen		6 bis 50 Personen	
	Betrieb	Zahl der Arbeiter	Betrieb	Zahl der Arbeiter
1882	1 839 939	—	1 119 128	—
1895	2 934 723	4 770 669	1 191 301	2 454 333
1907	3 124 198	5 353 576	267 710	3 644 415
1907 in % mehr als 1895	6,5	12,2	39,8	48,5

	über 51 Personen		überhaupt	
	Betrieb	Zahl der Arbeiter	Betrieb	Zahl der Arbeiter
1892	1 553 131	—	1 430 465	4 512 198
1895	18 953	3 044 267	3 144 977	10 269 269
1907	32 007	5 350 025	3 423 615	14 348 016
1907 in % mehr als 1895	68,9	75,7	8,9	39,7

Aus allen diesen statistischen Ziffern kann man sich vorstellen, wie schnell es in der industriellen Entwicklung in Deutschland geht.

Dasselbe ist auch in den Vereinigten Staaten der Fall. Hier geht sogar die Entwicklung noch schneller.

Die Vereinigten Staaten, welche vor 30—35

Sombart, Deutsche Volkswirtschaft im 19. Jahrhundert, entnommen.

Jahren noch gar nicht im Weltverkehr bekannt gewesen sind, haben heute einen Handelsverkehr von:

Einfuhr 5510,1 Mill. Mark und
Ausfuhr 6984,6 Mill. Mark.

Vor 40—50 Jahren konnte der Amerikaner sein Pferd nicht mit heimischen Nägeln beschlagen und man konnte deshalb auch nicht von einer Industrie sprechen. Heute haben die Vereinigten Staaten aus dem kalten Eisen nicht nur ein Produkt für das allgemeine geschäftliche Leben, sondern auch eine treue Hilfe für den persönlichen, ja psychischen Gebrauch des Menschen gemacht. Es wird niemand leugnen, daß die Amerikaner die ersten in technischen Entdeckungen und der Vervollkommnung der Maschinen sind.

In den Vereinigten Staaten wurden 100 Tonnen Stahl produziert im Jahre:

1880 . . .	1 287 983
1885 . . .	6 312 074
1900 . . .	10 689 640

100 Tonnen Roheisen:

1880 . . .	3 886 554
1890 . . .	9 346 943
1900 . . .	14 009 624

An der Eisenindustrie erkennt man die Schnelligkeit der industriellen Entwicklung überhaupt. Nordamerika, vor 40—50 Jahren noch mit unbevölkerten Wäldern und Weiden bedeckt, besitzt heute viele Städte, welche nur der Gründung der Industrie und Fabriken ihr Dasein verdanken, wie Valley-Torge, Trenton, Pittsbourg, Jahnstoun, Corunohl usw.

Alle diese Tatsachen sprechen für eine sehr rasche Entwicklung, welche schwer begreiflich ist

für die an einen anderen Maßstab gewöhnten Europäer[7].

Fast alle modernen europäischen Staaten bemühen sich in großem oder kleinem Maße, diese Schnelligkeit zu erreichen.

Wie stehen die Balkanstaaten zu dieser außerordentlichen industriellen Entwicklung, folgen sie sie den modernen kulturellen Erfordernissen oder nicht?

Hierauf ist zu bemerken, daß die letzten 30—35 Jahre die Balkanstaaten gelehrt haben, um ihre industrielle Entwicklung besorgt zu sein. Der wirtschaftliche Zustand ist unter dem Einfluß der westeuropäischen Staaten erst in völliger Umänderung begriffen, oder schon verändert. Jedoch trat an die Stelle des alten Handwerks nicht etwa Fabrikbetrieb; jenes ist vielmehr ohne Nachfolge verschwunden. So ruiniert die westeuropäische Industrie das alte Handwerk und erobert den Markt.

Die folgenden Ziffern über die Berufsverteilung Bulgariens sprechen sehr deutlich.

Berufsverteilung der Bevölkerung in Bulgarien[8]:

A. Produktion an	1900	%	1905	%
Rohmaterial .	2 804 367	749,0	3 110 880	770,9
Darunter:				
1. Landwirtsch.	2 795 643	746,7	3 102 446	768,8
2. Fischerei und Jagd . . .	6 561	1,6	6 370	1,6
3. Bergwerke .	1 863	0,5	2 064	0,5

[7] Siehe darüber näheres bei K. G. Popoff, Blick auf die ökonomische Entwicklung Bulgariens, in der ökonomischen Zeitschrift. Näheres bei W. Sombart, Deutsche Volkswirtschaft im 19. Jahrhundert.

[8] Diese Zahlen sind Michailoff, Sovremenamisal 1910, Bd. 7, entnommen. Vergl. mit diesen Statistisches Jahrbuch.

B. Bearbeitung u. Gebrauch der Rohmaterialien	565 214	151,6	589 060	146,0
C. Verwaltung u. freie Berufe .	201 480	53,8	202 143	50,0
D. Verschiedene u. unprod. Profession . . .	173 172	46,2	133 492	31,1
	3 744 283	100,0	4 035 575	100,0

Oder noch klarer, wenn wir pro Mille für das Jahr 1900 100 nennen und vergleichen diese mit jenen von 1905, werden wir bekommen:

Beschäftigte Personen	%	1905
in der Landwirtschaft	100	103,0
im Verkehr	100	108,1
im Handel	100	103,5
in der Industrie . .	100	96,6

Der Prozeß, daß in der Industrie beschäftigte Personen ihren Beruf verlassen, ist fast in allen Balkanstaaten in kleinerem oder größerem Maße derselbe.

Mithin machen die Balkanstaaten, wie wir gegenüber manchen Behauptungen einheimischer Gelehrter bemerken müssen, relativ einen Rückschritt in der Industrie.

Wollen wir nun die industrielle Entwicklung und den Zustand der Balkanstaaten näher untersuchen.

Diejenige Industrie, welche die günstigsten Verhältnisse zur Entwicklung hat, ist die Mehlindustrie. Dieselbe ist jedoch hier noch im Anfang begriffen. Am besten entwickelt und von Bedeutung für den nationalen Wohlstand ist sie vorläufig in Bulgarien, Rumänien und Serbien. An den folgenden Zahlen kann man sich orientieren über den Zustand der Mehlindustrie in den Balkanstaaten:

Rumänien[9] hat 114 Betriebe, welche Bedeutung für die Mehlerzeugnisse haben. In diesen Mühlen werden 285 Mill. Kilogramm Getreide zu Mehl verwendet. Die Gesamtproduktion an Getreide beträgt über 1,1 Milliarden Kilogramm.

Bulgarien[10] hat 43 Staatsmühlen, in welchen ein Kapital von 7 140 360 Heva investiert ist, und beschäftigt 875 Arbeiter.

Serbien[11] hat 300 Mühlen (darunter 200 Dampfmühlen und etwa 100 Wassermühlen) mit etwa 600 Mühlsteinen. Das in denselben investierte Kapital kann auf 15 Mill. Franken geschätzt werden. Diese Mühlen erzeugen ca. 1 Mill. Kilogramm Mehl und andere Mehlprodukte. In Griechenland und Türkei ist die Mehlindustrie bloß von lokaler Bedeutung und weit entfernt, den Bedarf des Nationalbedarfs zu befriedigen.

Es ist zu bemerken, daß sich die Mehlindustrie hier sehr unsicher bewegt und häufig Krisen wegen unsicheren Marktes und nicht genügender Produktion entstehen.

In diesem Sinn sprechen sich fast alle Konsularberichte der hiesigen westeuropäischen Konsuln aus. Als zweite Hauptindustrie, welche mit der Landwirtschaft im Zusammenhang steht, ist die Spiritusindustrie und Brauindustrie zu nennen. Wir haben folgende Zahlen:

Rumänien hat 32 Spiritusfabriken, welche 53 875 518 kg Rohmaterial, bestehend aus Mais,

[9] Die österreichischen Konsularberichte, herausgegeben vom K. K. Österreichischen Handelsmuseum.

[10] Annuaire Statistique du Royaume de Bulgarie.

[11] Die Konsularberichte des Österreichischen Handelsmuseums.

Weizen, Korn, Kartoffeln usw., erzeugten. Ein Bild der Entwicklung der rumänischen Spiritusfabrikation erhellt aus nachstehender vergleichender Aufstellung:

Produktion in Graden

1904/5	1907/8
103 759 474	169 291 320

Konsum in Litern

91 583 549	163 251 595

Diese bis zum Wirtschaftsjahr 1907/8 stetig im Wachsen begriffene Industrie verzeichnete im Jahre 1909 einen merklichen Rückgang [12].

Die Brauindustrie entwickelte sich sehr gut, aber die Bestrebung geht, wie bei allen Industrien, hauptsächlich dahin, bloß den heimischen Markt zu befriedigen. In Rumänien sind 18 ziemlich systematisch eingerichtete Fabriken in Betrieb. Es werden ungefähr 4 635 000 kg Rohmaterial verwendet. Für 1909 wurden 21 060 600 l Bier produziert und verbraucht 18 606 000 l. Bemerkt sei, daß die Brauindustrie sich bloß entwickelt im Verhältnis zu der Entwicklung des heimischen Bedarfs, indem der Export seit 5 Jahren fast derselbe bleibt.

Bulgarien hat 6 Spiritusfabriken mit 2 938 870 fondiertem Kapital, beschäftigt 265 Arbeiter, welche Spiritus im Betrage von 3 418 697 Frs. produzieren, der in Bulgarien fast allein verbraucht wird. Hier gibt es keine großen Fortschritte, weil die Fabriken kartelliert sind und es fast unmöglich ist, neue zu gründen.

Brauereien hat Bulgarien 14, welche vom Staat protegiert sind, 6 532 646 Kapital besitzen und 615

[12] Rumänien, Berichte der K. K. österr.-ungar. Konsularämter.

Arbeiter beschäftigen. Produziert werden 16 069 112 l Bier und exportiert 88 000 l.

In Serbien ist die Spiritusindustrie Monopol. Es werden 200 000 kg erzeugt. Die Einfuhr ist verboten.

Mit der Spiritusindustrie ist hier die Branntweinbrennerei zu erwähnen. Der Gesamtkonsum wird auf 20 Mill. hl pro Jahr geschätzt. Die Brauindustrie entwickelt sich recht erfolgreich. 1908 wurden 68 000 hl produziert; 1909 94 000; freilich wächst in Serbien der Verbrauch von Bier auch enorm schnell.

In Griechenland ist die Spiritusindustrie von keiner Bedeutung. Aber an Stelle dieser blüht eine Kognakindustrie. Kognak wird in 25 modernen Fabriken produziert und wird am meisten exportiert.

Für die Türkei haben wir keine Statistik.

Die Zuckerindustrie ist auch ein sehr wichtiger Zweig der Industrien, welche mit der Landwirtschaft verbunden sind. Leider läßt diese Industrie auch zu wünschen übrig.

Rumänien hat seit 1899 6 Zuckerfabriken, welche vom Staat sehr gut protegiert sind und daher auch Fortschritte machen können. Investiertes Kapital der 5 Fabriken ist 24 000 000 Lei. Produktion 200 000 q im Betrag von 10 200 000 Frs., von welcher 90 % ins Ausland abfließen. Wir sehen also, die Zuckerindustrie in Rumänien steht sehr gut. Daneben sind auch Fabriken für Bonbons zu erwähnen; sie sind jedoch ohne wirtschaftliche Bedeutung.

Bulgarien hat 1 Zuckerfabrik mit einem Kapital von 3 598 075 Frs.; beschäftigt werden 976 Arbeiter. Auch hier kann bei weitem nicht der Landesbedarf befriedigt werden und trotz des hohen Zoll-

schutzes hat diese eine Zuckerfabrik mit ihrer Existenz zu kämpfen.

In Serbien steht die Zuckerindustrie höher und kann schon die heimischen Bedürfnisse fast befriedigen.

In Griechenland gibt es 5 Fabriken für Halva und Konfekten.

In den Balkanstaaten gibt es alle Bedingungen für eine blühende Tabakindustrie. Hier wird, wie bekannt, der beste Tabak erzeugt; er wird aber fast aller als Rohprodukt exportiert und die Tabakindustrie ist bloß von lokaler Bedeutung. Sie hat einen sehr kleinen Export in das Ausland.

Die Textilindustrie ist hier noch nicht entwickelt. Sie leidet sehr schwer unter der ausländischen Konkurrenz. Diese Industrie existiert nur von alter Zeit her als Hausindustrie und jetzt noch konkurriert die Textilhausindustrie in gewissem Maße mit der modernen Textilindustrie. Die Landbevölkerung produziert fast ausschließlich ihre Stoffe. Zu bemerken bleibt, daß die Textilindustrie hier auch sehr entwicklungsfähig ist.

Rumänien hat 9 Spinnereien für Baumwolle, Flachs und Hanf, mit einem Kapital von über 5½ Millionen Lei und 1200—1500 Arbeitern. Im Lande bestehen 6 Tuchfabriken mit einem investierten Kapital von ungefähr 7 Millionen Lei. Sie beschäftigen 1098 Arbeiter. Der Produktionswert dieser Fabriken beläuft sich auf ungefähr 6 Millionen, obwohl Rumänien für 17 Millionen Lei importiert.

Bulgarien hat 1 Spinnerei für Flachs und Hanf mit 254654 Frs. Kapital und 115 Arbeitern, 1 für Baumwolle mit 1644232 Frs. Kapital und

beschäftigt 377 Arbeiter; diese Fabrik kann bei weitem nicht die heimischen Bedürfnisse befriedigen und hat gleichfalls große Schwierigkeiten.

In Bulgarien sind 30 Wollenspinnereien und Tuchfabriken mit 6 485 994 Kapital und 2506 Arbeitern. Diese Fabriken produzieren am meisten grobe wollene Stoffe „Schaik", welche sehr viel in die Türkei geschickt werden. Diese Industrie blühte früher als Hausierindustrie und ihre Produkte hatten ein berühmtes Renommee. Sie war eine sehr gewinnbringende Beschäftigung der bulgarischen Bevölkerung. Seit der Konkurrenz der modernen Industrie jedoch ist sie fast verschwunden. Es sind noch zu erwähnen 2 Fabriken für baumwollene Stoffe und 11 Fabriken für Strickerei, meistens „Geitan" [13].

In Serbien und Griechenland ist die Textilindustrie auch nicht sehr fortgeschritten. In Serbien sind 3 Fabriken meistens für Militärstoffe und in Griechenland 1 für seidene Stoffe und 1 für Säcke.

Es sind noch zu erwähnen 27 Lederfabriken in Rumänien mit einem Kapital von 4 000 000 Lei und einer Zahl von 1800 Arbeitern. Die Produktion des Landes übersteigt 13 000 000, während der Import 6 000 000 Lei beträgt.

In Bulgarien sind 22 Fabriken mit 1 264 139 Frs. Kapital und 495 Arbeitern. Es ist längst nicht genügend, um die Bedürfnisse zu befriedigen, trotzdem die Verhältnisse sehr günstig für die Industrie sind.

Die Lederfabriken in Serbien und Griechenland

[13] „Geitan" ist eine besondere Schnur, mit welcher die Türken ihre Nationalkostüme schmücken.

sind noch nicht modernisiert und spielen eine bedeutende Rolle bloß für die Versorgung des Militärs.

Zu erwähnen ist auch die keramische Industrie, welche aber in der primitivsten Weise geübt wird. Diese Industrie wird hier sehr stark durch die ausländische bedrängt. Die modernen Fabriken dieser Branche können der starken Konkurrenz wegen nicht viel nützen. Die Industrie existiert noch vielleicht, weil sie dem unentwickelten Geschmack der heimischen Bevölkerung entspricht. Die modernen Fabriken können bloß einen kleinen Teil der heimischen Bedürfnisse befriedigen.

Der größte Repräsentant der modernen Industrie ist die metallurgische.

Leider kann man hier überhaupt nicht von einer solchen sprechen. Abgesehen von den staatlichen Arsenalen und Werkstätten bleiben sehr wenige Fabriken und Werkstätten, in welchen Reparaturen vorgenommen, nur Maschinenteile fabriziert, oder ein sehr unbedeutender Teil von Maschinen und metallartigen Waren produziert werden.

In Rumänien sind die Fabriken vom Staate begünstigt, welche nicht mit der Petroleumindustrie zusammenhängen, 27 an der Zahl mit 3150 Arbeitern, und bearbeiten Rohmaterial von über 2 000 000 Lei fast ausschließlich für das Ausland.

Mit der Petroleumindustrie in Zusammenhang stehende Fabriken sind 9. Sie erzeugen Waren für 3½ Mill. Frs.

Nagel-, Draht-, Schrauben-, Nieten- etc.-Fabriken, welche Waren für ungefähr 3½ Mill. Lei produzieren.

4 Fabriken für Ösen produzieren ungefähr für 1,3 Mill. Lei Waren.

Schließlich wäre noch jene Gruppe zu erwähnen, die sich mit Erzeugung von Petroleumkannen und anderen Blechwaren beschäftigt. Sie zählt 7 Werkstätten mit über 1000 Arbeitern und Produktionswert von nahezu 2 000 000 Lei.

Mit der Eisenbahn sind Bahnwerkstätten verbunden; aber diese sind staatliche Einrichtung.

In Bulgarien werden vom Staat 11 metallurgische Fabriken und Werkstätten protegiert mit einem Kapital von 1 554 326 Frs. und 691 Arbeitern. Es werden hier für ungefähr 1 261 000 Frs. Waren produziert.

In Serbien sind fast keine bedeutenden metallurgischen Fabriken. Alle, welche hier existieren, sind kleine Werkstätten.

In Griechenland sind 14 Maschinen- und Kesselfabriken, welche bloß eine lokale Bedeutung haben.

Wenn wir noch für Rumänien die Petroleumindustrie nennen, welche ein Kapital von ca. 320 Mill. Lei umfaßt und ca. 1 300 000 t Petroleum produziert, und die Papierindustrie mit 4 Fabriken und einem Kapital von 8 000 000 Lei, für Bulgarien 1 Streichholzfabrik und ein paar Möbelfabriken, für Serbien und Griechenland noch ein paar kleine Fabriken verschiedener Art, sind wir mit der modernen Industrie in den Balkanstaaten fertig.

In der Türkei gibt es 403 Fabriken verschiedener Art (ein bedeutender Teil ist von der keramischen Industrie) mit einem Kapital von 201 000 000 und beschäftigen ungefähr 32 240 Arbeiter[14].

[14] Diese Ziffern sind nicht garantiert, weil sie von Sachkundigen gesammelt sind, welche über sehr wenig Mittel verfügten.

Aus der unten angegebenen Tabelle kann man den industriellen Zustand der Balkanländer klarer ersehen.

protegiert vom Staat

	1909[15] Rumänien	1905 Serbien	1908 Türkei	1909 Griechenland	1909 Bulgarien
Zahl d. Etablissem.	452	311[16]	403	150	203
Investiertes Kapital	148 000 000	—	201 500 000	—	43 489 700
Jährl. Produkte .	273 103 316	16 471 976	—		49 915 000
Zahl der Arbeiter	36 708	5 124	32 240	—	16 783

Bevor wir unsere Schilderungen vom wirtschaftlichen Zustande beendigen, müssen wir noch einige Worte über den Bergbau sagen. Leider ist dieser Hauptfaktor für eine blühende Industrie noch sehr rückständig. Mangel an mineralischen Fundstätten gibt es nicht, wie wir gesehen haben.

In Rumänien finden sich Salzbergwerke, welche der Staat allein exploitiert und zwar auf ziemlich rationelle Weise. Die Gesamtproduktion beläuft sich auf ca. 92 317,00 kg, hiervon wird der größte Teil nach Bulgarien, Serbien und Ägypten exportiert. Hier wird auch ein sehr unbedeutendes Quantum Lignit gewonnen.

Serbien ist sehr reich an mineralischen Schätzen aller Art, die jedoch in verhältnismäßig wenig intensiver Weise zur Ausbeutung gelangen. Die Zahl der Bergwerke und Steinbrüche belief sich auf 49. Hiervon bezogen sich 3 auf Goldbergwerke, 2 auf Silbergruben, 15 auf Erzgruben (12 silberhaltiges Blei und 3 Antimon), 6 auf Steinkohlengruben, 9 auf Braunkohlenwerke, 6 auf Lignitgruben, der Rest auf Steinbrüche (Mühlsteine, Marmor, Zement,

[15] Nach den Konsulargerichten.
[16] Ohne Spiritusfabriken.

lithographische Steine). Das Investierungskapital und das Betriebskapital wird auf ca. 28 847 000 Din. angegeben. Beschäftigt sind 4965 Arbeiter. Die Gesamtproduktion wird auf ca. 10 975 863 Din. geschätzt.

Bulgarien hat für 1909 bloß einen Mineralbergbau unter seinem Schutz und dieser ist für Kupfer. Investiertes Kapital 791 777; beschäftigt ungefähr 6730 Arbeiter und produziert jährlich ungefähr 5 860 000 t Kupfererze. Ferner finden sich noch einige Kohlengruben, von denen die bestbebaute in der Nähe von Sofia liegt. Es werden einige Gruben in der Nähe von Triavna jetzt bearbeitet; diese haben eine Bedeutung erst, seitdem Triavna mit Tirnovo durch die Eisenbahn verbunden ist, gewonnen. Bulgarien baut jährlich 135 000 t Kohlen ab und die Produktion hat voraussichtlich eine sehr schnelle Steigerung zu erwarten, ist aber heute noch weit davon entfernt, die Bedürfnisse der heimischen Industrie zu befriedigen.

In Griechenland wurden 1903[17] 33 Bergwerke exploitiert, in welchen produziert wurden:

	t	Frs.
Eisenerze	116 711	3 205 801
Eisen-Magnesium .	126 773	1 703 224
Zink	15 134	1 401 757
Magnesium	9 903	165 415
Chrom	7 678	268 730
Magnesit	37 209	678 137
Lignit	13 729	150 238
Schwefel	1 201	158 785
Schmirgel	5 561	592 909
Marmor	5 105	1 338 474
Blei-Silber	15 960	6 689 556
Zusammen	657 097	16 454 082

[17] Über Ziffern neuerer Zeit konnte ich in keinem Fall verfügen.

1904 ist die Produktion auf 19 200 000 gestiegen. Im Bergwesen werden 10 136 Arbeiter beschäftigt.

Es ist zu bemerken, daß der Bergbau in Griechenland sehr schnell fortschreitet und bei einer besseren Technik unvergleichlich größere Gewinne bringen kann. In der letzten Zeit gab der griechische Staat viele Konzessionen. Hier hat der Bergbau überhaupt sehr gute Aussichten.

Die zahlreichen in der Türkei befindlichen Bergwerke haben wegen mangelhafter Technik und unerfahrenen Arbeitern einen sehr schlechten Abbau; einige sind sogar verlassen.

Wenn wir jetzt von den unmittelbaren zu den mittelbaren wirtschaftlichen Faktoren des ökonomischen Fortschrittes übergehen, werden wir einen schnelleren Fortgang und größere Resultate sehen, allerdings weil hier der Einfluß der westeuropäischen Kultur viel stärker ist.

Das Verkehrswesen entwickelt sich sehr schnell am meisten in Bulgarien und Rumänien.

Für das Verkehrswesen in den Balkanstaaten haben wir folgende Tabelle:

	Rumänien	Türkei	Serbien	Griechenland	Bulgarien
Länge der Pflasterwege km . .	1907 42 292	1907 —	1907 7 569	1907 —	1909 12 911
1 km Pflasterweg ist auf km . .	3 078	—	6 343	—	7 564
Länge d. Eisenbahnlinien 1909. . .	3 187	—	1 540	1 082	1 696
Investiertes Kapital	900 000 000	—	129 686 000	—	186 406 000
Die erste Strecke ist gebaut	1869	—	1884	—	1867

Um die Stellung der Balkanstaaten mit ihren

Eisenbahnlinien im Vergleich zu den anderen Staaten zu zeigen, bringe ich folgende Tabelle:

1 km Eisenbahnstrecke fällt auf qkm Fläche[18]:

Belgien	6,4	Schweden	35,3
England	8,6	Spanien	35,5
Schweiz	8,9	Bosnien-Herzegowina	40,5
Deutschland . .	9,6	Rumänien . . .	40,7
Niederlande . .	10,7	Bulgarien . . .	60,3
Frankreich . . .	11,5	Griechenland . .	62
Österreich . . .	13,3	Serbien	86,1
Ungarn	16,1	Europ. Rußland . .	90,6
Italien	17,7	Türkei	—

Was auch die Balkanstaaten im Eisenbahnwesen gemacht haben, steht nicht im richtigen Zusammenhang mit den wirtschaftlichen Erfordernissen. Hier haben sich die Politiker mehr von strategischen Gesichtspunkten leiten lassen. Z. B. sind die Eisenbahnstrecken in Bulgarien vollständig isoliert von denen in Rumänien. Es gibt noch keine Eisenbahn, welche über die Donau führt und eine Transbalkanlinie darstellt. Dasselbe zwischen Bulgarien und Türkei. Hier, wie auch zwischen Bulgarien und Rumänien wurden sehr oft Verhandlungen gepflogen, jedoch bis jetzt immer noch ohne Erfolg, so daß das Eisenbahnwesen in den Balkanstaaten, soweit es auch schon vorhanden ist, viel von seiner wirtschaftlichen Bedeutung wegen der separatistischen Eisenbahnpolitik verliert.

Der Schiffahrtsdienst in den Balkanstaaten steht, ausgenommen Griechenland, sehr schlecht.

Wir können folgende Ziffern für den Schiffahrtsdienst geben:

[18] Die Tabelle ist entnommen K. G. Popoffs Schrift über die wirtschaftliche Entwicklung Bulgariens 1907, 4. und 5. Buch, in Ökonom. Monatsschrift und bezieht sich auf 1907.

	Jahr	Zahl der Dampfschiffe	Zusammen t Inhalt
Rumänien[19] .	1909	10	—
Bulgarien . .	1909	5	2 776
Serbien[20] . .	1909	9	23 500
Griechenland	1883	50	24 000
	1901	191	143 000
	1909	287	485 000
Türkei . . .	—		—

Wenn wir aber erwähnen, daß Deutschland in 29 Jahren folgende Fortschritte gemacht hat,

	Jahr	Zusammen t	Zahl	Bloß Dampfer
	1871	982 355	—	81 994
	1900	1 717 798	—	1 150 159
zusammen f. 29		74,87 %	—	73 %

so wird uns klar, welcher kleine Betrieb in den Balkanstaaten, ausgenommen Griechenland, besteht — und diesen Umfang haben die Balkanstaaten in 30 Jahren erreicht!

Für den Außenhandel der Balkanstaaten haben wir folgende Ziffern[21] in Millionen Franken:

	Bulgarien		Rumänien		Serbien
Jahr	Exp.	Imp.	Exp.	Imp.	Exp.
1900	53 982 629	46 342 100	280 000 431	216 985 878	66 521 959
1901	83 837 542	70 042 273	353 830 877	292 435 760	65 685 653
1902	103 686 108	71 236 494	374 819 219	283 344 549	72 123 654
1903	108 073 639	81 802 581	355 630 307	269 923 710	59 967 404
1904	157 618 914	129 689 577	261 872 339	311 371 613	62 156 066
1905	147 960 688	122 249 938	457 101 394	337 539 985	72 000 000
1906	114 573 356	108 474 373	491 400 000	421 600 000	71 600 000
1907	125 594 697	124 861 089	348 718 383	448 755 091	81 500 000
1908	112 356 997	130 150 642	377 947 181	414 058 419	77 749 078
1909	111 433 683	160 429 624	—	—	92 981 755

[19] Ausschließend die Donauschiffe.

[20] Flußschiffe; in dem Tonnengehalt sind auch die „Schlepen" berechnet.

[21] Zu bemerken ist, daß hier keine gerechte Vergleichung im Handel gemacht wurde, weil in Bulgarien alle Waren,

	Serbien	Türkei		Griechenland	
Jahr	Imp.	Exp.	Imp.	Exp.	Imp.
1900	54 027 228	—	—	102 738 871	131 386 348
1901	43 835 428	—	—	93 993 818	140 506 210
1902	44 820 754	—	—	79 663 473	137 229 364
1903	58 235 262	—	—	85 924 179	137 494 499
1904	60 926 406	—	—	90 509 557	137 016 282
1905	55 600 000	448 530 008	713 145 256	83 900 000	140 800 000
1906	44 400 000	—	—	118 000 000	143 500 000
1907	70 600 000	—	—	116 000 000	148 400 000
1908	75 635 417	—	—	109 200 000	152 635 635
1909	73 535 086	—	—	101 400 000	135 906 746

Aus dem Export- und Importhandel der Balkanstaaten in den gegebenen Jahren merken wir, wie die Ziffern variieren. Im Export ist dies der Fall, weil er abhängig ist von der Recolte, und im Import wegen den Militär- und anderen großen Staatsbestellungen.

Zur Veranschaulichung des Handels der Balkanstaaten werde ich auf Grund des Handels von 1905 folgende Zahlen berechnen

	Export pro Kopf	Import pro Kopf	Zusammen
	Frs.	Frs.	Frs.
Bulgarien . .	36,22	29,93	66,15
Rumänien . .	69,26	51,15	120,40
Serbien . . .	26,79	20,46	47,25
Griechenland .	33,98	57,80	91,78
Türkei . . .	—	—	—

Es ist zu bemerken, daß im Außenhandel die Balkanstaaten große Fortschritte gemacht haben, aber wieder weit zurückbleiben hinter dem des westeuropäischen Handels.

Die Verteidiger der Meinung, daß Bulgarien in wirtschaftlicher Beziehung einen großen Fortschritt

welche eingeführt werden, ad valore, in Rumänien, Serbien und Griechenland alles auf Grund der Tarife B berechnet wird.

gemacht hat, berufen sich meistens auf diese Handelsziffern; wir dürfen aber nicht vergessen, daß von den Handelsziffern nie ein richtiger Schluß auf die Wirtschaftslage zu machen ist. Öfters exportieren die Länder, wie auch die Balkanstaaten viel, und die Bevölkerung hungert. In diesem Fall haben wir keinen Fortschritt.

Mit folgenden Ziffern werde ich einen Vergleich ziehen zwischen Bulgarien (welches die größten Fortschritte gemacht hat) und einigen westeuropäischen Mächten[22]:

Jahr	Mittel z. Export Frs.	Import Frs.	Zusammen Frs.
1887 -91	66 020 000	73 971 000	140 000 000
1902—06	126 382 000	102 693 000	229 080 000
Vermehrt	89,97 %	38,82 %	63,04 %

Wenn wir diese Fortschritte mit den Fortschritten der westeuropäischen Mächte für die Jahre 1871—1904 vergleichen, erhalten wir folgende Resultate[23]:

	1871	1904	Vermehrt %
Holland .	2 101 481 000	9 212 814 000	438,4
Schweiz .	462 478 000	1 384 961000	298,9
V. St. v. N.	5 061 815 000	12 694 294 000	250,8
Norwegen	259 058 000	61 7872 000	238,6
Belgien .	2 183 892 000	5 007 185 000	229,3
Italien . .	2 053 127 000	3 538 441 000	172,3
Österreich	2 542 000 000	4 345 120 000	170,9

Bulgarien hat mithin auch hier nicht den kolossalen Fortschritt gemacht, welcher links und rechts von einigen falschen Patrioten behauptet

[22] Die Ziffern sind den zitierten ökonomischen Schriften von K. G. Popoff entnommen.

[23] Ich nenne diese Ziffern, weil gerade in dieser Periode Bulgarien die größten Fortschritte gemacht hat.

wird. Ich will hier betonen, daß Bulgarien unter den Balkanstaaten noch am günstigsten steht.

An dem Export- und Importhandel nehmen die anderen europäischen Mächte in folgendem Maß teil:

Die Beteiligung der anderen Mächte an dem Export- und Importhandel in den Jahren 1904—1908[24].

Staat		Bulgarien		Rumänien		Griechenl.
		Export Frs.	Import Frs.	Export Frs.	Import Frs.	Export Frs.
Österr.-Ung.	1904	14 090 000	38 169 000	52 763 946	92 945 721	10 550 374
	1908	6 346 000	35 541 000	25 500 000	94 968 000	—
England	1904	24 728 000	18 849 000	28 619 454	45 064 101	21 059 300
	1908	9 680 000	23 202 000	40 300 000	66 770 000	—
Belgien	1904	52 988 000	24 977 000	70 499 311	7 180 646	7 966 883
	1908	22 039 000	4 279 000	105 700 000	12 922 000	—
Deutschland	1904	12 216 000	19 976 000	19 605 268	91 784 928	6 918 636
	1908	11 626 000	20 984 000	24 500 000	140 810 000	—
Italien	1904	4 762 000	8 319 000	21 615 339	16 203 946	3 633 272
	1908	4 012 000	4 712 000	34 300 000	21 540 000	—
Rußland	1904	142 000	6 075 000	6 835 985	8 139 423	2 690 553
	1908	247 000	5 635 000	—	12 737 000	—
V. St. v. N.	1904	515 000	277 000	—	—	4 195 709
	1908	826 000	574 000	—	—	—
Frankreich	1904	7 606 000	10 693 000	8 658 560	8 658 560	8 623 807
	1908	6 210 000	7 023 000	27 000 000	27 000 000	—
Schweiz	1904	220 000	966 000	78 260	6 455 877	—
	1908	517 000	1 289 000	—	—	—
Holland	1904	276 000	627 000	34 818 379	5 651 247	6 093 570
	1908	1 837 000	740 000	59 900 000	5 650 000	—
Ägypten	1904	—	—	1 509 719	11 058	6 220 087
	1908	—	—	—	—	—

[24] Ich habe diese 5 Jahre aus dem Grunde genommen, weil man bloß für diese Periode statistische Ziffern finden kann.

Staat		Griechenl. Import Frs.	Serbien Export Fr.	Serbien Import Frs.	Türkei[25] Export Frs.	Türkei[25] Import Frs.
Österr.-Ung.	1904	20 138 732	55 351 227	36 583 709	48 730 400	148 567 900
	1908	—	21 501 402	15 556 696	—	—
England	1904	29 832 142	2 500	5 002 120	138 325 800	250 623 300
	1908	—	498 717	8 803 350	—	—
Belgien	1904	2 175 658	230 107	560 893	11 044 300	22 484 100
	1908	—	9 900 034	1 601 576	—	—
Deutschland	1904	13 077 927	2 606 518	8 054 981	27 993 300	30 216 600
	1908	—	16 133 792	—	—	—
Italien	1904	7 005 619	137 946	917 042	22 607 600	55 773 300
	1908	—	3 490 054	2 271 714	—	—
Rußland	1904	27 223 363	—	1 072 473	13 539 500	41 500 600
	1908	—	—	1 932 343	—	—
V. St. v. N.	1904	1 517 050	1 000	745 274	11 819 900	6 556 300
	1908	—	1 985 600	473 970	—	—
Frankreich	1904	10 207 678	22 020	974 586	109 686 200	60 848 700
	1908	—	3 042 724	1 563 043	—	—
Schweiz	1904	462 924	—	907 666	—	—
	1908	—	156 087	1 376 363	—	—
Holland	1904	1 167 300	—	221 226	13 247 700	13 623 400
	1908	—	200 500	349 515	—	—
Ägypten	1904	662 735	—	—	—	21 117 500
	1908	—	—	—	—	—

Aus den angegebenen Ziffern können wir deutlich sehen, daß Österreich und Deutschland an erster Stelle in unserem Außenhandel stehen und daß sie den größten Teil unseres Importhandels versehen. Für Serbien ist Österreich auch der bedeutendste Markt seiner Produkte. 40 % vom gesamten Import Serbiens werden aus Österreich geschickt. An dem Export Serbiens nimmt Österreich-Ungarn mit

[25] Die Ziffern der Türkei gelten vom 1. März 1905 bis 22. Februar 1906. Neuere Statistik und überhaupt andere gibt es nicht.

42,51 % teil. Diese Ziffer bezieht sich auf das Jahr 1909, in welchem aus verschiedenen Gründen, insbesondere wegen des Boykotts, der Export um 22,20 % fiel.

Diese große Bedeutung Österreich-Ungarns für den serbischen Handel ist insofern nicht erfreulich, als sie eine Diktatur für Österreich begünstigt.

Sehr bemerkbar ist der Fortschritt Deutschlands in seiner Ausfuhr nach den Balkanstaaten, welche sogar auf Kosten Österreich-Ungarns geschieht.

Nach den angegebenen Ziffern können wir auch nicht die Tatsache verschweigen, daß die Balkanstaaten keinen bestimmten Markt für ihre Produkte haben. Ihr Absatzgebiet wechselt oft. Die Balkanstaaten suchen jetzt ihren Markt im Osten Ägypten und Kleinasien, weil sie auf dem europäischen Markt durch die Konkurrenz von Nordamerika und Argentinien verdrängt werden.

Für uns sind die Export- und Importhandelsverhältnisse der Balkanstaaten untereinander von sehr großer Bedeutung. Wir haben folgende Ziffern[26]:

Bulgarien mit

	1904		1908	
	Export	Import	Export	Import
Rumänien .	1 755 624	3 702 018	959 000	4 131 000
Serbien . .	1 745 526	1 100 697	344 000	2 037 000
Griechenland	3 703 815	337 759	8 933 000	455 000
Türkei . .	25 645 209	1 025 465	33 482 000	19 153 000

[26] Diese Statistik entnehme ich teilweise aus Toscheff, Balkanzollverein, teilweise aus Konsularberichten und dem Bulgar. Statistischen Jahrbuch.

Griechenland mit

	1904		1908	
	Export	Import	Export	Import
Bulgarien .	337 759	3 703 815	127 000	11 387 000
Serbien . .	494 896[27]	1 745 052	314 624	224 181
Türkei . .	3 326 876[28]	10 634 171	6 168 000	12 784 000
Rumänien .	493 707[29]	597 192	452 000	1 611 000

Serbien mit

	1903		1908	
	Export	Import	Export	Import
Bulgarien .	1 100 697[30]	1 745 526	1 921 929	294 096
Rumänien .	9 333 933	1 122 356	3 005 110	734 435
Türkei . .	2 118 889	1 860 044	21 974 175	1 709 067
Griechenland	—	494 896	224 161	314 624

Rumänien mit

	1904		1908	
	Export	Import	Export	Import
Bulgarien .	5 554 163[31]	3 872 967[31]	3 011 000	1 468 000
Serbien . .	1 122 376[32]	1 333 933[32]	734 435[33]	3 005 110[33]
Türkei . . .	6 318 194	10 889 425	30 922 000	18 593 000
Griechenland	597 192	493 707	498 000	613 000

Türkei mit

	1904		1908	
	Export	Import	Export	Import
Bulgarien .	17 025 465	25 645 209	—	—
Rumänien .	9 218 600	6 318 194	—	—
Serbien . .	1 965 236	1 707 200	—	—
Griechenland	16 396 474	6 580 561	—	—

---

[27] Diese Ziffer gilt für 1903.

[28] u. [29] Diese Ziffern sind für das Jahr 1900, weil ich für 1904 nichts finden konnte.

[30] Diese Ziffern gelten für 1904.

[31] Diese Ziffern stehen wegen des Unterschiedes der Berechnung nicht im Einklang mit den von Bulgarien gegebenen.

[32] Sind der serbischen Statistik entnommen.

[33] Sind der serbischen Statistik entnommen und beziehen sich auf 1909.

Der Handel zwischen den Balkanstaaten ist also ziemlich lebhaft und hat auch in Zukunft noch größere Aussichten. Trotzdem diese Staaten alle Agrarstaaten sind, stehen sie in solch lebhaftem Handelsverkehr wegen der Verschiedenheit des Klimas und somit auch der Produktion.

Zu betonen bleibt, daß der Handelsverkehr nicht aus dem Übergewicht der Industrie eines oder des anderen Staates entstanden ist.

Die wichtigsten Produkte, welche die Balkanstaaten exportieren und importieren sind:

Bulgarien 1908 in Tausend Frs.

	Einfuhr	Ausfuhr
Lebende Tiere	1 210	6 437
Tierische Nahrungsmittel .	1 920	10 683
Getreide, Mehl	2 638	75 975
Kolonialwaren	6 785	1 957
Spirituosen	289	10
Parfümerien	260	4 265
Drogen, Chemikalien . .	—	—
Farben	4 400	227
Harze und Mineralöle . .	4 301	3
Steine, Ton, Glas und deren Produkte	4 308	99
Metalle und Metallwaren	16 531	189
Holz, Holz- u. Korbwaren	5 671	556
Papier und Rohstoffe . .	2 967	26
Häute und Lederwaren .	5 888	3 757
Textilwaren u. Rohstoffe .	39 969	6 461
Instrumente u. Maschinen	11 152	108
Andere Waren	21 809	1 604
Summa	130 150	112 357

Griechenland 1905 in Tausend Frs.

Einfuhr		Ausfuhr	
Getreide	39 933	Korinthen	44 553
Garne und Gewebe	20 499	Tabak	8 647
Holz	9 809	Eisen	8 149
Mineralien u. Metallwaren	8 161	Olivenöl	7 402
Kohlen	7 914	Wein	7 299
Drogen u. Chemikalien	6 745	Silberhaltiges Blei	6 702
Fische	5 883	Zink	5 753
Lebende Tiere	4 271	Feigen	4 178
Papier	3 759	Seide und Kokons	3 990
Häute	3 429	Oliven	3 405
Kaffee	2 910	Balonen	1 915
Eisen	2 613	Kognak	1 644
Zucker	2 542		
Olivenkerne	2 136		
Glas- und Töpferwaren	1 962		
Reis	1 955		
Schwefel	1 226		
Leder	1 100		
Baumwolle	2 045		

Rumänien in Tausend Frs.

Einfuhr

Metall u. Metallwaren	115 309	Seide u. Seidewaren	9 954
Vegetabl. Webestoffwar.	74 151	Explosivstoffe	8 957
Maschinen	44 281	Holz und Holzwaren	8 885
Wolle und Wollwaren	36 061	Chemikalien u. Drogen	6 520
Konfektionsartikel	22 040	Tierische Nahrungsmitt.	5 569
Häute, Felle u. Lederwaren	14 063	Kautschuk	5 277
Wagen	12 740	Vegetabl. Öle	5 182
Gemüse, Früchte usw.	11 620	Papier	4 729
Kolonialwaren u. Südfrüchte	10 845	Erde und Steine	4 592
		Lebende Tiere	3 206

Ausfuhr

Getreide und Mehl	473 342
Holz und Holzwaren	25 356
Gemüse und Früchte usw.	11 066
Tierische Nahrungsmittel	6 629
Petroleum	24 748

Serbien 1908.

	Einfuhr	Ausfuhr
Ackerbau-, Viehzucht- u. Forstwirtschaftsprodukte, Nahrungsmittel u. Getränke	13 294	70 358
Metalle	13 915	3 644
Mineralien und Erdöl	2 454	1 346
Drogen, Chemikalien u. Farben	3 148	273
Textilwaren und Rohstoffe . .	23 961	1 873
Häute und Leder	2 650	14
Galanteriewaren	488	14
Papier	2 189	62
Stein und Tonwaren	949	47
Glaswaren	1 117	—
Maschinen und Instrumente .	9 160	10
Andere Waren	2 898	8
Zusammen	75 635	77 749

Türkei 1905—06 in Millionen Piaster[34].

Einfuhr

Baumwollstoffe . . .	409	Papier	39
Zucker	264	Bauholz	39
Getreide und Mehl . .	156	Zwirn	36
Leinwand	150	Medikamenten u. Drogen	35
Garne	144	Leder	34
Wollstoffe	130	Häute und Felle . . .	33
Reis	108	Tiere	32
Petroleum	104	Seidenwaren	30
Kaffee	95	Spiritus	28
Kaschmir	64	Fesse und Hüte . . .	27
Teppiche	57	Schweine- u. Hammelfett	24
Eisenwaren	55	Steinkohlen	24
Eisen	49		

Ausfuhr

Rohseide und Kokons .	293	Obst	55
Weintrauben	935	Olivenöl	54
Getreide und Mehl . .	188	Baumwolle	51

[34] 1 Piaster hat 0,228 Cent. 1 Ltg. = 100 Piaster = 22,755 Frs.

Motair	91	Wolle	50
Feigen	90	Bier	50
Kaffee	89	Teppiche	42
Opium	73	Datteln	34
Häute und Felle	73	Sesam	31
Valonen	62	Nüsse	29
Hülsenfrüchte	58	Tiere	82
Erze	55	Steinkohlen	22

Es ist ersichtlich, daß die Balkanstaaten in ihrer Industrie rückständig sind. Am meisten werden Rohstoffe ausgeführt, welche im Ausland bearbeitet und wieder als verfertigte Fabrikate kommen.

Aus dieser bloß in den Hauptzügen angestellten Untersuchung des wirtschaftlichen Zustandes der Balkanstaaten können wir folgende Schlüsse ziehen:

1. Die Balkanstaaten sind in ihrer wirtschaftlichen Entwicklung sehr zurück, meistens befindet sich die Industrie in einem schlechten Zustande.

Die Balkanstaaten machen im Vergleich mit den anderen Großmächten sehr langsame Fortschritte in wirtschaftlicher Beziehung wegen des unsicheren Marktes, des Mangels an Kapital und der heute bestehenden Unmöglichkeit einer planmäßigen Wirtschaftspolitik.

3. Die wirtschaftlichen Interessen sämtlicher Balkanstaaten sind die nämlichen und unter sich zusammenhängend.

4. Die Balkanstaaten haben alle fast denselben Wirtschaftszustand, was ein Bündnis zwischen ihnen sehr nahelegt.

5. Die Balkanstaaten unterscheiden sich von einander in ihrer Produktion, was einen großen Austausch von Waren verursacht und bei Vorhandensein eines Zollvereins einen lebhaften Innenmarkt gewährleistet.

6. Aus diesen angeführten Tatsachen erhellt, daß die Balkanstaaten getrennt von einander nur einen ihren kleinen Verhältnissen entsprechenden Kapitalismus zu entwickeln imstande sind und daher niemals in dem Maße der westeuropäischen Mächte fortschreiten können. Um dies zu erreichen, bleibt den Balkanstaaten nur das Mittel eines allgemeinen Balkanzollvereins.

V. Kapitel.

Die Folgen des Zollvereins für die Balkanstaaten.

Die politische und wirtschaftliche Untersuchung hat uns auf den Zollverein für die Balkanstaaten verwiesen und gezeigt, daß der Eintritt in einen solchen nur gute Folgen haben kann und die Beseitigung der Zollgrenzen nicht von einem gefährlichen Einfluß auf die Einzelwirtschaften und die Selbständigkeit der Staaten sein wird. Im Gegenteil, die Beseitigung der Zollgrenzen und eine streng schutzzöllnerische Politik für eine gemeinsame Zollgrenze kann für die heimische Wirtschaft nur die größten Vorteile bringen. Der Einfluß wird sich in zwei Richtungen zeigen:

1. Der innere Markt, über den die heimische Industrie ganz sicher verfügen kann, wird sich vergrößern und damit eine größere Initiative in die Unternehmungen bringen.

2. Bei den umfangreichen Zollterritorien und der entsprechend vermehrten Bevölkerung, welche

eine respektive Macht darstellt, wird der Ausfuhrhandel der Balkanstaaten rationeller gefördert.

Der bulgarische Nationalökonom B. Bajeff ruft, begeistert von der günstigen Lage, welche ein Zollverein für die Wirtschaft mit sich bringt, in seiner Schrift[1] folgendes aus:

„Die Balkanhalbinsel ist ungefähr 506 000[2] qkm groß, dies bedeutet eine Fläche zweimal größer als Italien, fast gleichgroß wie Frankreich, größer als England, nur 80 000 qkm kleiner als Deutschland und 100 000 qkm kleiner als Österreich-Ungarn, d. h. die Balkanhalbinsel stellt als Innenmarkt eine Größe ersten Ranges dar, welche bloß von Deutschland und Österreich-Ungarn überschritten wird.

Bei dieser Verschiedenheit der geographischen Konfiguration, wo breite Felder durchkreuzt werden von großen Wäldern, bei der Verschiedenheit der klimatischen Vorteile, wo Südfrüchte mit Winterkulturen wechseln, bei dem Reichtum von Wasserkräften, Holzmaterial, Erzen ist schwer zu überblicken, welche Industrie sich da entwickeln könnte, welche Reichtümer sich entwickelt hätten von den Karpaten bis zum Weißen Meer und vom Schwarzen bis zum Blauen Meer. — Die Vergangenheit der bulgarischen Industrie, trotzdem diese Hausindustrie war, spricht dafür. Diesem Teile der Erde, welcher so gut von der Natur beschenkt ist, fehlte nie Fleiß und Talent: Alles befürwortet eine sonst seltene

[1] B. Bajeff, Balkankonföderation in No. 2 von 1904 der Zeitschrift des nationalökonomischen Vereins. Ich bemerke hiermit, daß Bajeff trotzdem sich negativ für die Idee ausspricht.

[2] Er hat eine alte Berechnung angegeben. Die von mir früher angegebene Ziffer ist neuer und richtiger.

Kultur. Sehr wenig ist hiezu notwendig: Verständnis und Einigkeit zwischen den Balkannationen."

Ich habe diese Stelle von B. Bajeff zitiert, weil sie die Vorteile sehr anschaulich ausdrückt, welche die Industrie der Balkanstaaten von einem Balkanzollverein zu erwarten hat.

Bei dieser großen Bevölkerung und einem solchen Territorium wird der Kapitalismus in seiner richtigen Form und Größe erscheinen. Es werden nicht mehr Unternehmungen mit ein paar 1000 Franken gegründet, sondern es werden große Betriebe mit Millionen und Milliarden Kapitalien begonnen. Die Anlage des Kapitals wird eine sichere sein und große Verwendungsmöglichkeit haben. Hiedurch werden auch ausländische Kapitalien zufließen und Zentren für Industrie und Agrikultur schaffen.

Das Kapital wird bei einem Balkanzollverein nicht nur den heimischen Markt beherrschen, sondern es wird auch eine Sicherheit im Außenhandel finden. Dieser wird mit viel größerem Erfolge betrieben werden. Im Jahre 1906 waren Handelsverträge zwischen den Balkanstaaten (Serbien, Bulgarien und Rumänien) und Österreich-Ungarn abgelaufen. Die Balkanstaaten blieben nun zwei Jahre ohne Verträge, wodurch die Balkaninteressen sehr litten, weil Österreich-Ungarn Begünstigungen für sich durchsetzen wollte. Wenn die Balkanstaaten in einem Zollverein gewesen wären, so hätten sie auf Österreich einen Druck ausgeübt, und so günstige Handelsverträge erlangt. Diese Tatsache zeigt sehr klar, wie vorteilhaft der Balkanzollverein auch auf die Handelspolitik wirken würde.

Auch das Verkehrswesen und mit ihm die ganze Wirtschaft würde durch einen Balkanzollverein und dessen gemeinsame Verkehrspolitik stark gefördert, gegenüber der jetzt noch nach strategischen Gesichtspunkten befolgten separatistischen Politik. Es werden viele Transbalkanlinien gebaut und die Donau wird mit vielen Brücken überführt werden, welche die Warentransporte zwischen Rumänien und den anderen Balkanstaaten vermitteln werden.

Statt daß Bulgarien, Serbien und Türkei isolierte Verkehrswege haben, wird man durch ihre Vereinigung die Mittelmeerhäfen nutzbar machen können, aus denen die Produkte Südbulgariens und Serbiens nach Europa ausgeführt werden können.

Durch diese Eisenbahnlinien werden die Kohlen von Bulgarien und Serbien nach Griechenland geschickt, mit welchen die griechischen Erze geschmolzen werden. Der entwickelte Verkehr bringt auch die Möglichkeit mit sich, eine bessere Verwertung der Bergbetriebe, zumeist der türkischen, einzuleiten.

Nicht weniger wird das Finanzwesen Nutzen ziehen. Viele unnütze Ausgaben werden in Wegfall kommen. Insbesondere werden die Kosten der einzelnen Militäretats bedeutend vermindert werden, weil die bisher unsicheren Verhältnisse, durch eine Zollgemeinschaft größtenteils beseitigt werden. Im Jahre 1908 erklärte von der Goltz in seiner Zeitung die Türkei als den militaristischsten Staat in der Welt. Auch für Bulgarien haben dies öfters Militärsachkundige behauptet. Dieselbe Meinung gilt nicht weniger auch für Serbien, Rumänien und Griechenland.

Aus dem Budget werden für den Militarismus folgende Summen berechnet:

		Budget	Militär
Türkei 1909/10 . .	Ltg.	30 539 545	9 940 833
Bulgarien 1907 . .	Frs.	153 169 450	38 510 343
Serbien 1909 . . .	Din.	103 644 104	27 044 930
Rumänien 1909/10 .	Lei	435 685 322	56 174 668
Griechenland 1908 .	Drach.	136 624 784	27 032 930

Hierzu tritt noch meist der größte Teil der Anlehen. Man erwäge dabei die traurige finanzielle Lage der Balkanstaaten. Türkei, Griechenland und Serbien befinden sich im finanziellen Bankerott. Die Großmächte haben in ihren Finanzministerien eigene Kommissionen zur Aufsicht über die regelmäßige Zahlung der Zinsen der Staatsanleihen. Bulgarien steht nicht viel besser. Am besten finanziell ist Rumänien daran.

Durch den Balkanzollverein werden, wie erwähnt, die Militärausgaben verringert, auch bezüglich der Administrationsausgaben wird die gleiche Wirkung eintreten. Der Zollverein wird die Administration um vieles verbilligen.

Auf solche Weise werden die Steuern, Bevölkerung und Kapital weniger schwer drücken, und dabei wird eine planmäßigere und gesetzmäßigere Verteilung der Staatsausgaben eintreten.

Die Ausgaben für den Kultus- und Erziehungsetat werden vergrößert und die Erziehung der Völker viel stärker gefördert, weil es widersinnig ist, daß Staaten in Europa, z. B. wie Bulgarien 75 %, Rumänien 86—88 % Analphabeten zählen. In letzterem (Rumänien) haben während des Lehrjahres 1904/05 von 2 832 558 Kindern bloß 706 508 die Schule besucht und die übrigen 2 126 030 sind ohne Unter-

richt geblieben. Diese Anomalie würde bei einer besseren Verteilung der Ausgaben (welche bloß durch einen Balkanzollverein ermöglicht wird) ganz beseitigt.

Wenn das allgemeine Bildungswesen in solch beklagenswertem Zustande ist, was kann man dann erst für eine Fachbildung erwarten — diese existiert fast gar nicht —, und gerade diese Bildung ist bekanntlich sehr notwendig für die Zukunft einer Industrie.

Kurz, der Balkanzollverein würde eine schnelle Revolutionsstimmung nach allen Seiten des Lebens hin, an der Industrie, Agrikultur, Administration, Kultur, Politik, Sozialpolitik usw. hervorrufen. Die Balkanstaaten werden das Bild moderner Staaten annehmen.

Diese günstige Wirkung eines Zollvereins ist unbestritten. Alle Kreise und alle Regierungen haben den Vorteil eines Zollvereins zwischen den Balkanstaaten erkannt, aber der Zweifel besteht lediglich an der Möglichkeit der Ausführung eines solchen. Wir werden in Folgendem sehen, welche Momente im einzelnen hiefür vorgebracht werden.

VI. Kapitel.

Hindernisse eines Balkanzollvereins.

Der bisherige Gang dieser Abhandlung hat aus den gemeinschaftlichen politischen und wirtschaftlichen Interessen der Balkanstaaten die Notwendig-

keit eines allgemeinen Zollvereins erwiesen. Erwähnt wurde auch schon, daß die geographische Lage der einzelnen Staaten zu einander nur die denkbar günstigste für einen Zollverein ist.

Hindernisse aus den Grundvoraussetzungen eines Zollvereins liegen somit nicht vor. Daß jedoch in konkretem Fall bei seiner Durchführung Schwierigkeiten erwachsen werden, ist natürlich. Diese kann man in zwei Hauptgruppen teilen[1]:

I. die Hindernisse, welche durch den Gegensatz zwischen den Interessen des Balkanzollvereins und der Großmächte,

II. die Hindernisse, welche aus dem gegenseitigen Verhältnis der Balkanstaaten sich ergeben.

Es ist eine unleugbare Tatsache, daß die westeuropäischen Mächte auf dem Balkan wirtschaftliche Interessen haben und anstreben. Wir haben schon gesehen, daß die Balkanstaaten sehr gute Abnehmer der Fabrikate der Kontinentalmächte, besonders Österreich-Ungarns sind, aus dem ja für über 200 Mill. Frs. in den Balkan exportiert wird. Bei dieser Sachlage werden die westeuropäischen Mächte aus nur zu naheliegenden Gründen gegen eine Verständigung zwischen den Balkanstaaten sein. Das lehren uns auch unzählige Fälle in der Geschichte, bei welchen die genannten Mächte immer Versuche gemacht haben, um die Nationalitäten auf dem Balkan in Feindschaft gegeneinander zu halten und jede Verständigung zwischen ihnen zu verhindern.

Kein anderer Grund führte den Krieg zwischen Serbien und Bulgarien herbei. Die Behauptung ist

---

[1] Dr. G. D. Toscheff, Balkanzollverein.

falsch, daß Obrenovitsch aus Eifersucht gegen die Vergrößerung Bulgariens den Bruderkrieg begann. Daß ihn vielmehr Österreich dazu bestimmt hatte, wurde nachher klar, als Battenberg nach seinen Erfolgen in Serbien durch eine österreichische Note aufgefordert wurde, sich aus Serbien zurückzuziehen, andernfalls er österreichische Soldaten gegen sich haben werde.

Die Großmächte sind nie Freunde einer Konsolidierung der Türkei gewesen, und gerade diese würde eine Verständigung zwischen den Balkanstaaten erleichtern. Ich erwähne nur eine diesbezügliche Tatsache. Der Sohn Medhat Paschas hat vor kurzem die Korrespondenz seines Vaters herausgegeben. In ihr wird ein sehr interessanter Brief erwähnt, in welchem die Versuche des russischen Botschafters Ignatjeff dargestellt werden, um 1876 eine Konstitution zu hintertreiben. „Rußland, erklärte Ignatjeff dem englischen Botschafter, welcher es wieder am 30. Mai 1876 an seine Regierung berichtete, hält es für eine Beleidigung und einen Akt des Mißtrauens, daß die Türkei ihrem Volk Parlament und Konstitution gegeben hat. Eine Konstitution in der Türkei ist an sich selbst Grund, daß Rußland der Türkei Krieg erklären wird. Wir werden nie einverstanden sein, daß wir die letzte Macht in Europa ohne Konstitution sind."

Auch die Haltung Österreich-Ungarns gegen den Zollverein, welcher zwischen Bulgarien und Serbien 1906 gebildet war, spricht sehr stark für die Hindernisse, welche ein Balkanzollverein von seiten der europäischen Mächte haben wird.

Es ist bekannt, daß im Jahre 1906 Bulgarien und Serbien eine Zollunion gebildet haben, welche

von beiden Seiten über alle Maßen herzlich begrüßt wurde. Sogar die Kaufleute gaben sich gegenseitig Besuche, wo der Zollverein mit warmen Worten gelobt wurde. Wie populär war daher in beiden Staaten schon der Gedanke eines Zollvereins! Leider ließ man die Bedenken Österreich-Ungarns dagegen außer Betracht. Dieses begriff alsbald die ihm aus jenem Zollverein erwachsenden Nachteile und übersandte Serbien ein kategorisches Ultimatum, in welchem es zum Austritt aus dem Zollverein aufforderte. Zugleich wurde den serbischen Waren die Grenze gesperrt. Dies genügte, um Serbien von Bulgarien zu trennen.

Serbien, welches ungefähr $^5/_6$ seiner Produkte nach Österreich-Ungarn exportiert, konnte eine Krisis infolge des Verbotes nicht ertragen. Serbien entsagte nicht nur dem Zollverein, sondern hatte noch außerdem Vorzugsrechte Österreich-Ungarns anzuerkennen, welche von diesem als Kompensation gefordert wurden dafür, daß Serbien mehr nach Österreich exportierte als es von dort erhielt.

Die Auflösung des Zollvereins wurde in beiden Staaten allgemein bedauert.

Der Zollverein wird sonach viel gegen den Druck der Großmächte zu kämpfen haben. Das Hindernis ist groß, kann aber überwunden werden.

Zunächst müssen neue Märkte für den Absatz gesucht werden. Die Aussicht eines wirtschaftlichen Kampfes ist für die Balkanstaaten günstig, namentlich, wenn der Transit frei und erleichtert wird. Es ist auch zu bemerken, daß Österreich insgesamt viel mehr in die Balkanstaaten importiert als es von dort bezieht, und die Balkanhalbinsel ist von sehr großer Bedeutung für seine Wirtschaft. Daher sind die

Chancen in einem wirtschaftlichen Kampf für die Balkanstaaten bessere als die Österreichs.

Nicht von geringerer Bedeutung ist auch das Hindernis, welches in dem unkonsolidierten staatlichen Zustand der Türkei, ihrer kulturellen Rückständigkeit und daher der feindlichen Gesinnung der Nachbarländer gegen sie besteht. Dieser Gesichtspunkt wird am meisten von den Gegnern des Balkanzollvereins angeführt.

Die Gegner des Balkanzollvereins, zumeist in Bulgarien, in deren Reihe auch eine Gruppe Sozialisten sind, glauben, daß das nationale Problem bloß durch einen Krieg gelöst werden kann, welcher das Ende des kranken Mannes in Europa herbeiführen kann. Denselben Rat gab seinerseit auch Lassale für das nationale Problem Italiens, indem er dachte, daß bloß ein Krieg die Einigung der italienischen Nation verwirklichen kann[2]. Daß die Türkei ein großes Hindernis für die Idee eines Balkanzollvereins bedeutet, ist mehr als wahr. Vor der Julirevolution von 1908 war an die Bündnisse mit der Türkei nicht zu denken.

Bevor die Türkei für ein solches fähig wird, hat sie viel nach innen wie außen zu ändern.

Sie muß eine Freiheit ihrer Nation geben und sich von den vielen Verpflichtungen gegen die Großmächte befreien, sodann die Frage der Kapitulationen erledigen[3]. Ein Zollverein bei Bestehen

---

[2] Lassalles Gesamtwerke, Italienischer Krieg.

[3] Es ist bekannt, daß 1535 zwischen Soliman II. und Franz I. ein Vertrag (Kapitulation) abgeschlossen wurde. Mit dieser Kapitulation ist der Anfang zur wirtschaftlichen Knechtschaft der Türkei gemacht. Durch diese Kapitulation hat sich Frankreich ganz freien Handel in der Türkei erworben.

der Kapitulationen, welche der Türkei nicht mehr als 11 % Zoll von den in sie eingeführten Waren zu erheben erlaubt, wird für die anderen Zollvereinsstaaten nur schädlich wirken. Der Zollverein wird, wie gesagt, nur dann eine Rolle spielen, wenn er streng eine schutzzöllnerische Politik befolgt.

M. E. kann sich die Türkei völlig reformieren. Das hat die Revolution von 1908 gezeigt. Allerdings gehen die Reformen auch wegen des Druckes der Großmächte und die besonderen Verhältnisse in der Türkei nur langsam vorwärts. Aber die Entwicklung ist da, und somit auch der Grund für die Ansicht, daß die Türkei Mitglied eines Balkanzollvereins werden kann.

Man kann erwidern, daß unter den jetzt noch herrschenden Umständen auch ohne die Türkei ein Zollverein gebildet werden könne. Dieser würde jedoch nur eine kleine Wirkung haben, da die Türkei die beste geographische Lage auf dem Balkan einnimmt und deswegen viele Vorteile dem Vereine entgehen würden, wenn die Türkei nicht Mitglied wäre.

Die Behauptung der Gegner, die Türkei sei für Reformen unfähig und müsse deshalb verteilt werden, ist unzutreffend. Und wenn dies auch der Fall wäre, so würde die Aufteilung der Türkei nicht der rich-

---

1750 ist dieser in 85 Paragraphen abgefaßte Vertrag zwischen Sultan Muhammed und Ludwig XV. erneuert worden. 1540 hat Venedig diese Rechte erworben, 1579 England. Diese Kapitulationen wurden öfter revidiert. Auf solche Weise hat die Türkei später das Recht bekommen, die eingeführten Waren mit 8 % Zoll zu belegen, und kaum vor 5 Jahren hat sie das Einverständnis der Großmächte erhalten, den Zoll auf 11 % zu erhöhen.

tige Weg zur Lösung der Balkanfrage sein. Es würden dann nämlich die Großmächte sich einen Löwenanteil sichern und so bliebe das Balkannationalproblem ungelöst und eine nationale Einigung wäre auch nicht erreicht. Ferner sind in der Türkei die Nationen sehr untereinander vermischt, sodaß auch nach einer territorialen Teilung der Nationalitätenstreit bleiben wird.

Deswegen ist auch der Ausruf von René Pinon „Confoederation avec la Turquie, contre la Turquie" nicht richtig. Eine Konförderation ohne Türkei ist bei diesem Zustand nicht gut, aber gegen die Türkei zu sein, das ist eine falsche Politik, welche zu keiner Ruhe führen wird, sondern zu einer Verschlimmerung der Balkanfrage, noch mehr, wenn wir bedenken, daß auch die Großmächte für eine Verteilung der Türkei zwischen den Balkannationen nur dann zu haben sind, wenn an sie die besten Teile fallen.

Der gerechte Nationalökonom wird zugeben, daß man jeder Nation die Möglichkeit sich zu vereinigen geben muß, wobei sie sich am besten entwickeln kann. Die nationale Vereinigung ist auf dem Balkan nur bei einem Zollverein auf föderativer Grundlage möglich. Hier werden sich die Bulgaren, welche jetzt über die ganze Türkei verstreut sind, mit ihren Brüdern in Bulgarien vereinigen. Das gilt für die Griechen, Serben, Türken usw. So vereinigt können sich die Nationen viel schneller und allseitiger entwickeln. Nur unter einem Zollverein ist die volle Vereinigung der Nationen möglich und nur dadurch kann das nationale Problem gelöst werden.

[4] René Pinon, Une Conféderation Balkanique, est-elle possibles? in der Revue de Deux-Mondes, 15. VI. 1910.

Die Gegner einer Balkanföderation glauben, daß diese sich nicht zwischen verschiedenen Nationen bilden kann, weil diese ohne Dauer sein und viele innere Kämpfe verursachen wird, welche jeden Fortschritt aufheben werden.

Das ist eine falsche Vermutung. Sehr zutreffend hat J. Carnier eine Bemerkung gemacht, indem er den Gegnern des zentraleuropäischen Zollvereins, welche diese Tatsache als Gegengrund ausgenützt haben, sagte: „Es handelt sich nicht darum, die Gefühle, Religion und Sitten zu verschmelzen; es handelt sich um Zölle auf Seide, Baumwolle usw.[5]."

Man muß ferner wissen, was das Wesen einer Nation ist, um sich eine Vorstellung von den Ursachen der nationalen Kämpfe machen zu können. Die Nation ist die Gesamtheit der durch Schicksale zu einer Sprach- und Charaktergemeinschaft verknüpften Menschen[6]. Wenn man also der Nation die Freiheit gibt, sich auf demselben Weg weiter zu entwickeln, auf welchem sie entstanden ist, so können auch keine nationalen Kämpfe entstehen. In unserem Fall sogar haben wir gesehen, daß die Interessen der Balkannationen sich zusammenfinden.

Öfters wird das Beispiel von Österreich-Ungarn erwähnt. Hier ist wirklich der nationale Kampf mit

[5] Compte rendu de la réunion de la Société d'Economie Politique du 5. février 1879.

[6] Erklärung über diese Definition kann man finden bei: Otto Bauer, Nationalitätenfrage und die Sozialdemokratie. K. Kautzky, Nationalität und Internationalität. Fichte, Briefe an die deutsche Nation. Über dieses Thema verbreite ich mich nicht weiter, aber ich denke, daß ich recht habe, wenn ich die Sprache und den Charakter als wesentliche Merkmale der Nation zuschreibe.

allen seinen Schäden ganz typisch, aber eben dieses Beispiel zeigt uns, daß die Balkanstaaten leichter mit dem nationalen Kampf fertig werden, indem sie nicht die gleichen Fehler begehen. Wir haben schon öfters erwähnt, daß der nationale Kampf in Österreich-Ungarn mehr Produkt ungleicher wirtschaftlicher Interessen und einer zu streng zentralischen, nicht genügend föderativen Verwaltung ist. Man bemerkt, daß das Deutschtum doch immer die herrschende Macht sein will. Trotzdem wünschen weder die Ungarn, noch die Tschechen usw. die Auflösung des Kaiserreichs; was sie anstreben, ist nur mehr Selbstverwaltung gegenüber Wien [7].

Die Nationen auf der Balkanhalbinsel sind auf einen Bund zusammen angewiesen, und die nationalistischen Kämpfe werden nicht existieren, wenn der Zollverein auf föderativen Grundsätzen beruht.

Die jetzt herrschenden nationalen Kämpfe werden geweckt und ernährt durch die (monarchische) Eroberungspolitik. Bildet sich auf dem Balkan eine kapitalistische Klasse, so wird diese im Bewußtsein ihrer Interessen sich gegen jene Politik wenden.

Allerdings wird man zugeben müssen, daß die Verschiedenheit der Sprache, Religion und Kultur bei der Organisierung des Zollvereins Schwierigkeiten bereiten wird, welche jedoch nicht unschwer zu überwinden sind.

Das bisher angeführte zeigt die Haupthindernisse; sie können, wie erwähnt, niemals das Zustandekommen eines Zollvereins entgültig hindern

Notwendig ist nur das richtige Verständnis für

[7] Siehe darüber bei Otto Bauer in dem schon zitierten Buche.

die nationalen Interessen der Balkanstaaten und die allgemeine Kenntnis vom Wesen des Zollvereins.

Es ist uns daher klar geworden, daß die Idee eines Zollvereins auf der Balkanhalbinsel nicht utopisch ist, wie einige Politiker denken, sondern ein realisierbares, den konkreten Verhältnissen entsprechendes Projekt. Nur durch den Zollverein werden die Balkanstaaten aus ihrer eingeschlossenen politischen Lage herauskommen und nur durch ihn können sie politische und wirtschaftliche Selbständigkeit erreichen.

VII. Kapitel.

Geschichte der Balkanfrage.

Die Balkanfrage als solche ist sehr alt, aber als nationalwirtschaftliche Frage für die Balkanstaaten ist sie ganz neu. Wir haben gesehen, daß die Balkanfrage als diplomatische Frage seit Peter dem Großen datiert, welcher die Bedeutung des Balkans für Rußland am besten begriff. Jedoch erst unter Katharina II. bestimmte sie die russische Politik fest und seitdem verfolgt Rußland seine eigenen Ziele gegenüber den Balkanstaaten.

Die Balkanfrage wurde jedoch erst später aktuell, eben als die Interessen des Deutschtums und der Russen sich begegneten.

Eine nationale Aufgabe wurde die Balkanfrage für die Balkannationen aber erst nach der Befreiung von Serbien 1830 unter der Regierung des Milan

Obrenowitsch IV. Es wurde eine Konferenz in Bukarest berufen, an welcher die offiziellen Gesandten von Serbien und die bulgarischen Revolutionäre in Bukarest teilnahmen. Diese Konferenz faßte den Beschluß, daß Serbien mit Hilfe der bulgarischen Revolutionäre Bulgarien befreien und ein serbisch-bulgarisches Königreich gegründet werden sollte. Aus verschiedenen Gründen blieb dieser Beschluß jedoch unverwirklicht. In dieser Zeit versuchte der bulgarische Revolutionär Rakovski die Idee einer Balkanföderation theoretisch und praktisch zu begründen und zu verbreiten. Rakovski war der Erste, welcher in der Tat den richtigen Begriff einer rationellen Balkanbestrebung erhalten hat, daß nämlich die Balkanstaaten bloß durch ein Bündnis unter sich Freiheit und Selbständigkeit erreichen können. Damals fand diese Idee als utopisch keinen Anklang.

Das zweite Mal wurde der Versuch zu einem Verständnis zwischen den Balkanstaaten im Jahre 1897 gemacht. Hier einigten sich Österreich-Ungarn und Rußland über die Balkanfrage in einem den Balkanstaaten feindlichen Sinne[1]. Der serbische König Alexander erkannte die gefährlichen Absichten Österreich-Ungarns und Rußlands und machte daher, als er um diese Zeit den Sultan besuchte, diesem den Vorschlag eines Balkanbündnisses. Der Sultan erwiderte: „Die Idee hat sehr viel für sich, aber ich glaube nicht an die Möglichkeit, alle Balkanstaaten für ein solches Bündnis gewinnen zu

[1] Hier ist zu bemerken, daß Rußland noch bei diesen diplomatischen Verhandlungen Bosnien und die Herzegowina als Annexa von Österreich-Ungarn anerkannt hat.

können“[2]. So hat auch dieser Versuch geendet. Gleichzeitig verhandelte auch der damalige Ministerpräsident Bulgariens, Stambuloff, mit dem Sultan über die Idee einer Balkanföderation und im konkreten Fall über ein Militärbündnis zwischen Bulgarien und der Türkei, wodurch er Bulgarien gegen die Eroberungsabsichten Rußlands schützen wollte. Mit der Ermordung Stambuloffs endeten die Verhandlungen.

Bisher wurden bloß Versuche gemacht, um ein politisches Einverständnis zwischen den Balkanstaaten zu erreichen. Jetzt aber gewinnen auch neben den politischen Interessen wirtschaftliche an Bedeutung. Die Wirtschaft in den Balkanstaaten ist unter dem Einfluß Westeuropas schon in Transformierung begriffen und es öffnen sich der Politik neue Aufgaben, indem eben die Balkanstaaten auch eine planmäßige Wirtschaftspolitik beginnen müssen. Zusammen mit dieser Entwicklung wuchs auch die Idee eines wirtschaftlichen und eines politischen Verständnisses zwischen den Balkanstaaten und damit auch der Gedanke eines Balkanzollvereins.

Der erste Versuch in diesem Sinn wurde zwischen Bulgarien und Serbien gemacht mit einem Zollverein zwischen beiden Staaten. Wir sahen, welches Schicksal derselbe hatte. Aber dieser Versuch bleibt doch der Anfang für einen allgemeinen Balkanzollverein. Die Idee eines solchen wird von allen Seiten befürwortet, findet jedoch nicht allseits gleiches Verständnis. Aber die Frage ist aktuell und in kurzer Zeit wird sie ihren bestimmten Weg nehmen.

[2] Siehe darüber Vladan Georgewitsch, Serbische Frage.

Schlußwort.

„Wir sind auf der Erdoberfläche wie seidene Fäden, welche die Nationen binden und diese wegen der Bedürfnisse des Handels zum Frieden hinführen.“ Wendrek, Für die Kaufleute.

„Alles fließt,“ ist eine alte Wahrheit, sie soll auch für die separatistische Politik der kleinen Balkanstaaten gelten. Lange Zeit und viele Jahrhunderte hindurch blieb diese Politik die herrschende. Die Geschichte bleibt nicht stehen und hier ist der Anfang einer neuen Epoche — der Kapitalismus. Die alte Eroberungspolitik ist nicht mehr fähig zu zeigen, daß sie ein gesellschaftlicher Gründer, daß sie ein Faktor für Sammlung von Reichtümern ist. Die Kultur ist über sie hinausgewachsen und sie verschwindet allmählich. Die Synthesis ist schon da, noch muß die Thesis von der Geschichte gegeben werden als Ersatz. Diese erblicken wir in der „Einigung der Balkanstaaten“, das ist die Grundlage der neuen nationalen Balkanpolitik. Diese Thesis gilt nicht bloß in unserem konkreten Fall, sondern für die ganze Menschheit. Die Spezialisierung der Produktion hat die Nationen zusammengeführt und Fortschritt heißt heute Friede.

Wer den Gang der Geschichte so auffaßt, für den ist der Balkanzollverein etwas Selbstverständliches.

Die Balkanhalbinsel wird bloß dann Fortschritte machen, wenn sie ihre Selbständigkeit gesichert hat. Die Nationen werden Kulturnationen und die Staaten Kulturstaaten, dann, wenn sie auf gleicher Stufe mit den anderen sind; dann wird die Einmischung

Fremder in die Innen- und Außenpolitik eines Staates ausgeschlossen und dieser kann ungestört den Weg seiner Kultur verfolgen.

Der Kapitalismus wird mit seinen Vor- und Nachteilen auch hier entstehen, jedoch mit mehr Nutzen, als wenn die Balkanstaaten ein Raubgebiet fremder Kapitalien bleiben. Dann wird auch die Sozialpolitik ermöglicht, welche immer eine Notwendigkeit da ist, wo es Eigentum gibt, weil dann auch die Nation die dazu nötigen Mittel haben wird. Der Kapitalismus wird mit sich auch den Nationalreichtum fördern, die Nationen werden reich und dazu fähig, wenigstens in gewissem Maße moderne, soziale Fürsorge zu treiben.

Dies ist aber nur möglich bei einem wirtschaftlichen und politischen Bündnis zwischen den Balkannationen. Letzteres muß die beste Form annehmen, welche die Erfahrungen der Geschichte lehren, und diese ist eben der vollkommene Zollverein.

In unserer Untersuchung haben wir nichts über die Organisation desselben gesagt. Die Frage der Ausführung blieb ausgeschieden. Auf jeden Fall ist uns klar geworden, daß der Balkanzollverein in dieser bunten Bevölkerung von Dauer nur bei einer strengföderativen Verwaltung sein kann. Die zentralistische Regierung entspricht nicht mehr den modernen Verhältnissen. Dies gilt insonderheit für die uns interessierenden Staaten.

Durch den Balkanzollverein werden auf dem Balkan neue „Vereinigte Staaten", ein neues „Deutschland" entstehen. Dieser Wunsch eines jeden Balkanpatrioten ist nur durch einen Balkanzollverein zu verwirklichen.

Die Geschichte hat uns vor diese Notwendigkeit gestellt.

Die Gedanken entstehen aus den Verhältnissen völlig unbewußt, werden von der fortschreitenden Masse übernommen und in die Tat umgesetzt. „Die Menschen machen die Geschichte", dies trifft auch hier zu. Die Idee des Zollvereins ist eine Frucht der Verhältnisse und wird mit Schnelligkeit unter den Massen verbreitet. So ist der Anfang gemacht.

Die Streiter für die nationalen Aufgaben der Balkanstaaten müssen an dem Prinzip festhalten: „Der Balkan für die Balkanvölker."

Der Balkanzollverein ist die höchste Phase der Politik der Balkanstaaten. Nur durch ihn wird auch das Gleichgewicht in Europa garantiert. Wenn die Großmächte dieses aufrichtig wünschen, so müssen sie alle ihre Mitwirkung dazu geben; andernfalls werden aber auch die Balkanstaaten allein ihre Interessen erkennen und verfolgen.

Lebenslauf.

Ich, Ilia Palasoff, bin geboren am 7. August 1888 in Pleven (Bulgarien) als Sohn der Kaufmannseheleute Pentscho und Ekaterina Zwetanowa Palasoff, bin griechisch-katholischen Glaubens und bulgarischer Staatsangehöriger. Ich besuchte die Handelsschule in Warna, um im Jahre 1907 nach bestandener Reifeprüfung die Universität Erlangen zu beziehen und mich hier volkswirtschaftlichen Studien zu widmen. Ich studierte ausschließlich auf der Erlanger Hochschule und promovierte daselbst.